

RECHTSNORM UND
SEMANTISCHE EINDEUTIGKEIT

Manfred Kramm



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548820_0028

RECHTSNORM UND SEMANTISCHE EINDEUTIGKEIT

Inaugural-Dissertation
der Juristischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Manfred Kramm
aus Marburg/Lahn



Referent: Prof. Dr. Reinhold Zippelius

Tag der mündlichen Prüfung: 25. Febr. 1970

Inhaltsverzeichnis

I.

<u>Einleitung</u>	S. 1
-------------------	------

II.

<u>Die Sprache und die durch sie vermittelte Erkenntnis</u>	S. 7
---	------

1. Das Wesen der Sprache im Blickpunkt des Rechts	S. 7
2. Die Funktion der Sprache	S. 9
a) Das Wort in der traditionellen Sprachwissenschaft	S. 9
b) Das Wort im Blickpunkt der Kybernetik	S. 11
3. Die Mittel der Sprache	S. 15
a) Eigennamen	S. 15
b) Begriffe	S. 16
aa) Ihre Notwendigkeit und ihre Entstehung	S. 16
bb) Ihre Funktion	S. 20

III.

<u>Begriffe und Eindeutigkeit</u>	S. 21
-----------------------------------	-------

1. Grenzen ihrer Eindeutigkeit	S. 21
a) Insbesondere: Begriff und ideales Sein	S. 29
b) Die Definition	S. 34
2. Das Wort im Kontext	S. 36
3. Der Bedeutungswandel	S. 39
4. Der Erwerb der Sprache	S. 40
5. Das Verständnis der Sprache	S. 42

IV.

<u>Die Rückgewinnung der in der formulierten Norm enthaltenen Erkenntnis und ihre Anwendung in der Rechtspraxis</u>	S. 44
1. Die Rechtsnorm als sprachlich gebundener Erkenntnisgegenstand	S. 44
a) Die Entstehung der Rechtsnorm	S. 44
b) Der Aufbau der Rechtsnorm	S. 46
2. Die Aufbereitung von Sachverhalt und Normenmaterial zum Zwecke der Rechtsanwendung	S. 53
3. Die Auslegung der Norm und die Realisierung der ausgelegten Norm in der Entscheidung	S. 58
a) Wortauslegung	S. 58
b) Konkurrenz verschiedener Auslegungsmethoden	S. 60
c) Auslegung und objektiver Wertmaßstab	S. 62
d) Zur Übernahme fremder Wertentscheidungen	S. 68
e) Einfluß des persönlichen Wertempfindens des Richters	S. 70
f) Die Subsumtion	S. 71
4. Die gerechte Entscheidung	S. 72
a) Die "problemlose" Anwendung einer Rechtsnorm	S. 73
b) Die Anwendung von Rechtsnormen und die Individualität des Einzelfalles	S. 73
c) Die Generalklausel	S. 76
d) Die Ermessensnorm	S. 78
e) Gesetzeslücken	S. 79

III.

V.

<u>Zusammenfassende Schlußbetrachtung</u>	S. 80
1: Semantische Eindeutigkeit - im Recht unerreichbar	S. 80
2. Der Mangel an semantischer Eindeutig- keit - eine Schwäche oder eine Stärke des positiven Rechts	S. 84
Literaturverzeichnis	S. 89
Lebenslauf	S. 97

I.

EINLEITUNG

Wesentlich ist, daß der Wortlaut
der Gesetze bei allen Menschen
die gleichen Vorstellungen weckt.
Montesquieu (1)

Dieses kurze Zitat aus einem Werk, das vor über zweihundert Jahren entstand, macht deutlich, daß das Problem der begrifflich eindeutigen Formulierbarkeit von Rechtsnormen keineswegs ein Problem ist, das erst heute aufgetaucht oder als solches erkannt worden ist. Bisher wurde es jedoch zumeist unter dem Gesichtspunkt der Stellung des Richters im Verhältnis zu dem Gesetz gesehen. Je enger eine rechtsphilosophische Richtung den Richter an das Gesetz binden wollte, desto mehr mußte sie auf eine sprachlich klare und eindeutige Fassung des Gesetzes Wert legen, wobei die Möglichkeit der Erreichung der semantischen Eindeutigkeit jedoch meist stillschweigend unterstellt wurde.

Für die Aufklärung, besonders für Montesquieu, war es nur eine Frage der Anwendung der allumfassenden Vernunft, Gesetze zu erlassen, die jeder Unklarheit oder Mehrdeutigkeit entbehrten. Daher konnte Montesquieu die Forderung erheben, aus dem Richter "lediglich den Mund, der den Wortlaut des Gesetzes spricht, ein Wesen ohne Seele gleichsam" (2) werden zu lassen. Für sein System der strengen Gewaltenteilung erschien ihm dieses Postu-

(1) Vom Geist der Gesetze, XXIX 16

(2) aaO., XI 6

lat unerlässlich, denn er glaubte nicht zulassen zu können, daß der Richter das Gesetz nach eigenen Wertvorstellungen interpretiere. Damit würde er von den Anweisungen des Gesetzgebers abweichen und sich selbst wenigstens teilweise dessen Stellung anmaßen. Infolgedessen konnte und mußte Montesquieu zu dem Ergebnis kommen, daß die "richterliche Befugnis gewissermaßen gar keine sei" (3).

Eine ganz ähnliche Stellung bezieht die Begriffsjurisprudenz, wenn sie den Richter auf rein deduktives Denken beschränken will, weil sie sonst die Rechtssicherheit in unerträglichem Maße gefährdet glaubt. "Für den Richter ist es Berufspflicht, den Geltungswillen des Gesetzes zur Geltung zu bringen, das eigene Rechtsgefühl dem autoritativen Rechtsbefehl zu opfern", schreibt Radbruch (4). Damit wird zur Voraussetzung gemacht, daß das Gesetz die Möglichkeit bietet, "aus positivem Recht mit rein intellektuellen Mitteln ohne eigene Wertung die Antwort auf jede juristische Frage" zu finden (5), denn nur so kann davon gesprochen werden, daß der Geltungswille des Gesetzes als alleiniger Maßstab der Entscheidung zugrundegelegt wird.

Hier aber setzt die Kritik der Freirechtslehre ein. Sie geht von der praktischen Erfahrung aus, aus der sie entnehmen zu müssen glaubt, daß richterliche Entscheidungen "schöpferisch mit Hilfe des Rechtsgefühls und der praktischen Vernunft gefunden werden" (6). Auf dieser ihrer Erkenntnis basierend, will sie der Norm nur eine Kontrollfunk-

(3) aaO., XI 6

(4) Radbruch, Rechtsphilosophie, S. 182

(5) Radbruch, Vorschule der Rechtsphilosophie, S. 78

(6) Isay, Rechtsnorm und Entscheidung, S. 145

tion über die bereits fertige Entscheidung zubilligen, eine Entscheidung, die durch das "Wollen der Realisierung der durch ein Fühlen gegebenen Werte" entstanden ist (?). Es wird also hier ein Mitwirken der Gesetzesnorm bei der Entstehung der Entscheidung überhaupt geleugnet, wenn man dabei außer Betracht läßt, daß die bestehende Normenordnung auf das Wertverständnis des Richters - besonders bei seiner Ausbildung - einen nicht unerheblichen Einfluß ausübt.

So weit wie die Freirechtslehre geht die Interessenjurisprudenz nicht, wenn sie auch mit dieser darin übereinstimmt, daß allein die logische Deduktion aus einer Gesetzesvorschrift eine sachgerechte Einzelfallentscheidung nicht hervorzubringen vermag. Vielmehr hält Philipp Heck es für die Aufgabe des Richters, "über die Begriffe hinaus und mit ihrer Hilfe zu den vom Gesetz angeschauten Interessenlagen, den gesetzlichen Werturteilen und Wertideen" vorzudringen (8), also nicht unbedingt an den Grenzen, die die Sprache ziehen mag, stehen zu bleiben.

In jüngster Zeit ist die Frage nach der Möglichkeit sprachlicher Eindeutigkeit der Gesetze in einem ganz anderen Zusammenhang problematisch geworden, nämlich auf dem Gebiet der Jurimetrics. Kurz gesagt handelt es sich dabei um die Anwendung mathematischer Logik auf Rechtsprobleme, und zwar unter anderem zu dem Zweck, ihre Lösung mittels Elektronenrechnern - Montesquieus Wesen ohne Seele -

(7) Isay, aaO., S. 56

(8) Heck, Begriffsbildung und Interessenjurisprudenz, S. 107

wenn nicht vollständig durchzuführen, so doch wenigstens zu erleichtern. Sollte sich hier grundsätzlich ein gangbarer Weg finden lassen, so müßte diese Entwicklung dazu führen, daß "it almost inevitably will dictate the increasing use of more unambiguous terms to the legislatures" (9). Dieser Forderung nach Verwendung einer eindeutigen Terminologie durch den Gesetzgeber stellt Reed Dickerson mit Recht die Frage gegenüber: "Is the nature of law such that it can be subjected to the precise formulations of mathematical logic without distortion?" (10).

Genau diese Frage gilt es hier zu beantworten: Läßt es das Wesen des Rechts zu, daß Gesetzesnormen begrifflich eindeutig formuliert werden, oder muß gerade bei der Rechtsanwendung in Kauf genommen werden, daß nicht logifizierbare Phänomene auf das Entstehen einer Entscheidung Einfluß nehmen?

Bei der Erwähnung des Wortes Recht denkt man, zumindest im deutschen Rechtskreis, unwillkürlich an das Gesetz, da in ihm die Rechtsidee ihren stärksten Ausdruck gefunden hat. Doch sind Gesetz und Recht keineswegs identisch, eine Erkenntnis, der auch das Bonner Grundgesetz in seinem Artikel 20 Absatz 3 Rechnung getragen hat. Unsere Rechtsordnung besteht zwar im wesentlichen aus Gesetzesrecht, doch dürfen Gewohnheitsrecht, Gerichtspraxis und Sätze der Rechtslehre keinesfalls übersehen werden.

Allen diesen Bestandteilen der Rechtsordnung ist aber eines gemeinsam - die Sprache. Ohne die Sprache müßte eine Rechtsidee individuelles Gedanken-

(9) Hans W. Baade, Jurimetrics, S. 2

(10) Dickerson in Baade, Jurimetrics, S. 62

gut bleiben, wäre anderen aber nicht zugänglich, denn erst "im Satz drückt sich der Gedanke sinnlich wahrnehmbar aus" (11), oder, wie Henkel (12) es ausdrückt: "Erst durch seine Entäußerung und Objektivierung tritt er (der Rechtsgedanke) in den Bereich der mitmenschlichen Welt ein; erst in der sprachlichen Ausdrucksform ist er fremdem Geist zugänglich". Wenn das Recht seiner Ordnungsfunktion im sozialen Leben gerecht werden will, muß es sich der Sprache bedienen, da es ohne Sprache die betroffenen Menschen nicht erreichen kann. Damit ist die Sprache die erste und wesentliche Voraussetzung für das Gelten des Rechts. Die Sprache erst bewirkt "die soziale Verbindlichkeit, das Gelten des Rechts" (13).

Daneben ist die sprachliche Gestaltung aber auch eine Frage der Gerechtigkeit. Erst eine möglichst exakte Fassung eines Gesetzestextes zum Beispiel gestattet es dem Betroffenen, sein Verhalten dem Gesetz entsprechend einzurichten und ein von ihm, dem Gesetzunterworfenen, angestrebtes Ziel zu erreichen, sei es im Zivilrecht den Eintritt bestimmter Rechtsfolgen, sei es im Straf- oder Verwaltungsrecht die Vermeidung von hoheitlichen Maßnahmen. Die sprachliche Fixierung eines Rechtsgedankens erst schafft die notwendige "Orientierungsgewißheit" (14), die einen wichtigen Aspekt der Gerechtigkeit darstellt, denn nur wenn die Rechtsfolgen eines bestimmten Verhaltens vorhersehbar und meßbar sind, kann der Betroffene seine Handlungen entsprechend vornehmen, und nur bei dieser

(11) Wittgenstein, Tractatus, S. 1

(12) Rechtsphilosophie, S. 49

(13) Forsthoff, Recht und Sprache, S. 9; vgl. auch Oertmann, Interesse und Begriff, S. 48, wo er die gesamte technische Gestaltung des Rechts der Anwendung von Begriffen zuschreibt.

(14) Zippelius, Wesen des Rechts, S. 126

Wahl kann eine obrigkeitliche Maßnahme als Folge eines Verhaltens des Gesetzunterworfenen überhaupt gerecht genannt werden (15). "Die Gerechtigkeit fordert allgemeine Normen" (16), also allgemeine und damit auch allgemein verständliche Rechtssätze.

Im Ergebnis kann man daher Henkel zustimmen, wenn er schreibt, daß das Recht "existentiell an die Sprache gebunden" sei (17). Und eben wegen dieser als existentiell erkannten Bindung des Rechts an die Sprache muß die Rechtswissenschaft auch die Sprache zum Gegenstand ihrer Betrachtung machen, denn wenn es ihr nicht gelingt, die Gegebenheiten der Sprache zu erkennen und zu berücksichtigen, vermag sie auch ihren speziellen Erkenntnisgegenstand, das Recht in seinen verschiedenen Erscheinungsformen, nicht in einer Art zu bewältigen, die die Bezeichnung Wissenschaft verdienen würde.

Dabei hat die Jurisprudenz naturgemäß ihr besonderes Augenmerk auf das Problem der Eindeutigkeit von Rechtssatzformulierungen zu richten. Es ist und bleibt eine Forderung von Rechtswissenschaft und -praxis, nach möglichst eindeutiger Fixierung der Rechtsgedanken zu streben, da Eindeutigkeit von Rechtssätzen und Gerechtigkeit in sehr engem Zusammenhang stehen, sei es im Hinblick auf die Gleichheit vor dem Gesetz, sei es im Hinblick auf die Entscheidungsfreiheit der Gesetzunterworfenen oder im Hinblick auf die Entscheidungsanweisung

(15) vgl. Topitsch, Sozialphilosophie, S. 65

(16) Radbruck, Vorschule der Rechtsphilosophie, S. 26; vgl. auch seine Rechtsphilosophie, S. 169, wo er unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit ausführt: "Es gehört ebenso sehr zum Begriff des richtigen Rechts, positiv zu sein, wie es Aufgabe des positiven Rechts ist, inhaltlich richtig zu sein."

(17) Rechtsphilosophie, S. 48

für den Richter. Der Eindeutigkeit der sprachlichen Fassung eines Rechtssatzes muß somit eine zentrale Stellung in der rechtswissenschaftlichen Betrachtung der Sprache überhaupt eingeräumt werden.

II.

DIE SPRACHE UND DIE DURCH SIE VERMITTELTE ERKENNTNIS.

1. Das Wesen der Sprache im Blickpunkt des Rechts.

Unter den verschiedenen Funktionen der Sprache muß, zumindest vom Standpunkt der Rechtswissenschaft aus betrachtet, die Kommunikation als Hauptfunktion angesehen werden. Auch Wissenschaftler anderer Gebiete messen der Kommunikationsfunktion der Sprache eine zentrale Bedeutung bei (18). Für die Gesetzessprache aber muß dieser Aspekt ganz besonders hervorgehoben werden, da sie dem Gesetzunterworfenen die Rechtsauffassung des Gesetzgebers mitteilen muß, der er sich kraft der Geltung des Rechts zu unterwerfen hat. Dabei kann sich das Gesetz nicht nur an den juristisch Geschulten wenden, sondern muß alle Betroffenen so weit als möglich direkt ansprechen, damit sie ihr Verhalten dem Gesetzeswillen anpassen können. Aus dieser Zielsetzung, die eine dem Recht wesentliche ist, ergibt sich zwangsläufig, daß von der vielgeschmähten Juristensprache, die übrigens im wesentlichen der Rechtswissenschaft und nicht so sehr der Gesetzgebungstechnik angehört, bei genauem Hinsehen wenig übrig bleibt, besonders nicht bei

(18) so Martinet, Sprachwissenschaft, S. 17, 18;
Husserl, Logische Untersuchungen 2/I, S. 32 ff

modernen Gesetzen. Die Gesetzessprache ist vielmehr zu ihrem ganz überwiegenden Teil der allgemeinen Umgangssprache entnommen (19). Dies ist aber nicht nur der Fall, weil das Gesetz Allgemeingültigkeit beansprucht und beanspruchen muß, sondern auch und vor allem, weil sich die gesetzgebenden Körperschaften nicht nur aus Juristen zusammensetzen, sondern in ihnen Vertreter verschiedener sozialer Gruppen mitarbeiten, die sich in ihren Sprachgewohnheiten unterscheiden und die sich daher nur in der Umgangssprache treffen können (20). Es darf zwar nicht übersehen werden, daß bei der Gesetzesformulierung darauf geachtet wird, daß die Worte der Umgangssprache, von denen Mauthner behauptet, sie würden nur "à peu près" gebraucht und verstanden (21), feste Konturen erhalten, um zu "Präzisionsbegriffen" (22) zu werden. Dies ändert jedoch nichts daran, daß die Gesetzessprache ganz überwiegend Umgangssprache ist, also "außerrechtlichen Ursprungs" (23).

Diese Tatsache hat zur Folge, daß die Erkenntnisse der allgemeinen Sprachwissenschaft grundsätzlich auch in der Rechtswissenschaft Geltung beanspruchen können. Zumindest aber kann auf ihnen aufgebaut und von ihnen ausgehend zu einer spezielleren Betrachtung der Sprache im Recht fortgeschritten werden.

(19) vgl. Oertmann, Interesse und Begriff, S. 48

(20) vgl. Ullmann, Principles, S. 12

(1) Kritik III, S. 280

(2) Neumann-Duesberg, Sprache im Recht, S. 123

(3) Oertmann, Interesse und Begriff, S. 48;
vgl. auch Henkel, Rechtsphilosophie, S. 51

2. Die Funktion der Sprache.

- a) Das Wort in der traditionellen Sprachwissenschaft.

Der Aufbau der Sprache geht von dem Grundelement Wort aus, dem als kleinster Einheit lautliche Gestalt und inhaltliche Aussagekraft zukommt (24). Letztere entsteht durch die Fähigkeit des menschlichen Geistes, Zeichen zu setzen (25), und zwar werden Dinge mit Zeichen versehen, die das Interesse des Menschen finden und mit denen er umgehen will oder muß. Um diesen Umgang mit den Dingen in umfassender Weise zu ermöglichen, verwendet die Sprache die Wortzeichen als "Stellvertreter der Gegenstände" (26), d.h., "jeder Ausdruck ... sagt über Etwas" (27). Dabei sind unter Gegenstand zunächst auch Tätigkeiten, Eigenschaften und geistige Erscheinungen zu verstehen, denn sie sind ebenfalls Objekte der Sprache und unterliegen dem sprachlichen Zugriff in der Form der Bezeichnung. Mit Hilfe der Wörter versetzt uns die Sprache in die Lage, Dinge, die unser Denken beschäftigen, dem anderen mitzuteilen und sein Bewußtsein auf diese Dinge hinzulenken. Heidegger (28) hat diesen Vorgang mit dem Satz gekennzeichnet: "Das Wort läßt das Ding als Ding anwesen", und zwar geschieht dies "über das uns unmittelbar Gegenwärtige weit hinaus" (29).

Diese Grundfunktion kann das Wort aber nur übernehmen, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind.

-
- (24) vgl. W. Schmidt, Lexikalische und aktuelle Bedeutung, S. 13; Sapir, Die Sprache, S. 39
(25) vgl. Weisgerber, Menschheitsgesetz, S. 55
(26) Cassirer, Philosophie III, S. 53
(27) Husserl, Logische Untersuchungen 2/I, S. 46
(28) Unterwegs zur Sprache, S. 232 f
(29) Kamlah-Lorenzen, Logische Propädeutik, S. 108

Zunächst muß es sich um eine Sprachgemeinschaft handeln, denn nur in ihr ist die Zuordnung von Ding und Wort, beruhend auf der historischen Entwicklung, geistiges Eigentum der Beteiligten geworden. Die zweite Voraussetzung, die uns im weiteren allein beschäftigen soll, ist, vorsichtig formuliert, eine gewisse inhaltliche Bestimmtheit; sie ermöglicht erst, daß Sprecher und Zuhörer, Schreiber und Leser wenigstens ungefähr das gleiche unter einem Wort verstehen, d.h., daß sie in der Lage sind, "sich geistig zu treffen" (30).

Dieses geistige Sich-Treffen wird im wesentlichen durch den Inhalt des gewählten Wortes bestimmt, d.h., von der Bedeutung, die es haben kann und in der konkreten Kommunikationssituation hat. Unter Bedeutung versteht W. Schmidt (31) "die inhaltliche Widerspiegelung eines Gegenstandes", und Husserl (32) schreibt: "In der Bedeutung konstituiert sich die Beziehung auf den Gegenstand". Darauf, daß die Zuordnung von Lautzeichen (name) und gedanklichem Inhalt (sense) nicht nur in einer Richtung verläuft, weist Ullmann hin, wenn er definiert: "Meaning is a reciprocal relation between name and sense, which enables them to call up one another" (33). Aus dieser Definition kann entnommen werden, daß es in der Bedeutungslehre, der Semantik, darauf ankommt, das Problem der Zuordnung von Lautzeichen und zu bezeichnendem Gegenstand zu untersuchen und möglicherweise Gesetzmäßigkeiten aufzuzeigen, die bei bestimmten Zeichen zu bestimmt umrissenen Inhalten führen.

(30) Weisgerber, Menschheitsgesetz, S. 64; vgl. auch Gadamer, Wahrheit und Methode, S. 361

(31) Lexikalische und aktuelle Bedeutung, S. 16

(32) Logische Untersuchungen 2/I, S. 54

(33) Principles, S. 70

b) Das Wort im Blickpunkt der Kybernetik.

Die junge Wissenschaft, die sich Kybernetik nennt, ist geeignet, tiefere Einsichten in das Wesen des Wortes zu vermitteln und so seine Verwendung und sein Verständnis durchschaubarer zu machen. Da sie in enger Verbindung zu den Naturwissenschaften steht und sich im wesentlichen deren Methoden bedient, ist sie in besonderem Maße um Exaktheit in ihren Aussagen bemüht.

Der Ausdruck "Kybernetik" ist erst seit etwa zwanzig Jahren gebräuchlich und entstammt ursprünglich der Reglertechnik im weitesten Sinne (34). Mit einfachen Worten ausgedrückt ging es zunächst darum, für technische Geräte Steuerungsmechanismen zu finden, die in der Lage waren, Informationen, die von der gesteuerten Maschine ausgingen, ihrerseits bei der Steuerung wieder zu verwenden. So war es naheliegend, das Problem des Informationsflusses in beiden Richtungen, also von dem Steuerungsmechanismus zu der zu steuernden Maschine und von der gesteuerten Maschine zum Steuerungsmechanismus zurück zu einem der Hauptbetrachtungsgegenstände der Kybernetik zu machen. Daher nennt Frank die Kybernetik die "kalkülisierende Theorie und die konstruierende Technik der Nachrichten, der Nachrichtenverarbeitung und der Nachrichtenverarbeitungssysteme" (35). Im Verlauf der Entwicklung ergab sich so eine Informationstheorie, die keineswegs auf technische Vorgänge beschränkt bleiben mußte und auch nicht auf sie beschränkt blieb.

Schon bald erkannte man nämlich gewisse Parallelen zwischen einem kybernetischen System der Tech-

(34) vgl. Wiener, Kybernetik, S. 32 ff

(35) Kybernetik und Philosophie, S. 101

nik und dem Menschen, denn auch der Mensch ist Empfänger von Informationen aus seiner Außenwelt, die er aufnimmt, verarbeitet und durch sein Verhalten und seine Einflußnahme auf die Außenwelt wieder in Information für die Außenwelt umsetzt. Daher ist es naheliegend, auch in dem Menschen und seinem Verhältnis zur Umwelt ein kybernetisches System zu sehen und zumindest den Versuch zu machen, auch dieses Verhältnis mit den Methoden der Kybernetik besser verstehen zu lernen (36).

Die Umwelt eines jeden Menschen sendet laufend Signale aus, die auf die Rezeptoren oder Empfänger des Menschen, seine Sinnesorgane, auftreffen. Sie sind "Ausgangspunkt und Grundlage jeder Erkenntnis, denn sie stellen die unerläßliche Verbindung zwischen Umwelt und dem erkennenden Menschen her" (37). Der Mensch als Empfänger nimmt nun diese auf ihn zukommenden Informationen auf; allerdings ist bereits hier festzuhalten, daß die Informationsmenge, die auf den Menschen dauernd einströmt, eine derart große ist, daß sie von ihm in ihrer ganzen Fülle nicht verkraftet werden kann. Das kybernetische System Mensch hat sich dadurch vor einer Reizüberflutung gesichert, daß es sogenannte "Reizschwellen" (38) eingebaut enthält, was zur Folge hat, daß Reize geringer Intensität die Sinnesorgane gar nicht in Aktion zu versetzen vermögen. Wenn aber diese Reizschwelle überschrit-

-
- (36) vgl. v. Cube, Kybernetische Grundlagen, S.11; G. Klaus, Kybernetik, S. 2 ff; Stachowiak, Denken und Erkennen, S. 1 ff
(37) G. Klaus, Kybernetik, S. 7
(38) G. Klaus, aaO. S. 74 ff; dazu auch Albrecht, Sprache und Erkenntnis, S. 128

ten ist, wird die aufgenommene Information nochmals gefiltert. Ein "unbewußter Ordnungs- und Gliederungsprozeß" (39) läßt einen großen Teil der aufgenommenen Information auf direktem Wege in das Unterbewußtsein gelangen, d.h., sie wird vom Bewußtsein gar nicht als Information wahrgenommen.

Die nach diesen Filtervorgängen noch aktive Information gelangt nun über die Nervenzellen und -verbindungen in das menschliche Gehirn, in das Bewußtsein (40) und löst dort einen Bewußtseins-eindruck aus, der als subjektiver Eindruck des die Information aussendenden Gegenstandes zu verstehen ist (41). G. Klaus (42) beschreibt diesen Vorgang auf der Grundlage der marxistischen Erkenntnistheorie folgendermaßen: "Alle Rezeptoren des menschlichen Körpers, sowohl diejenigen, welche Informationen aus dem Körperinnern aufnehmen, als auch diejenigen, welche uns Kunde von der Außenwelt geben, haben im Großhirn die entsprechenden Projektionsfelder. Auf ihrer Grundlage entsteht das, was wir das innere Modell der Außenwelt nennen".

Damit die so entstandenen Bewußtseinseindrücke aber nicht sofort wieder verlorengehen, weil neue Eindrücke sie verdrängen, bedarf es eines Speichers. Diese Funktion übernimmt beim Menschen das Ge-

(39) v. Cube, Kybernetische Grundlagen, S. 108; siehe auch aaO., S. 99 ff, wo v. Cube die subjektive Verminderung der objektiven Informationsmenge zum Gegenstand seiner Redundanztheorie macht.

(40) vgl. Frank, Kybernetik und Philosophie, S.48

(41) vgl. hierzu Betti, Auslegungslehre, S. 1 ff, der diesen Erkenntnisprozeß als "Prozeß der Anverwandlung" oder als "Übertragung ins Denken" bezeichnet.

(42) Kybernetik und Erkenntnistheorie, S. 24 f

dächtnis. Ihm ist die Fähigkeit eigen, "Ergebnisse vergangener Operationen für die Benutzung in der Zukunft zu speichern" (43). Diese Benutzung kann nur so aussehen, daß sie ein späteres Verhalten des Menschen steuert, also bei seiner Entscheidung zu einem bestimmten Vorgehen berücksichtigt wird. Sie kann aber auch ihrerseits wieder zum Gegenstand von Informationen gemacht werden, indem sie einem Dritten mitgeteilt wird. Eine solche Kommunikation kann aber nicht auf direktem Wege geschehen, da Bewußtseinsinhalte nicht unmittelbar Gegenstand fremder Erkenntnis sein können. Als Vermittler für die Bewußtseinsinhalte bedient sich nun der Mensch des Zeichens, gewissermaßen als "Kode für menschliche Kommunikation" (44). Mit Hilfe der Zeichen, die der Informationsübertragung dienen, sind Menschen in der Lage, Bewußtseinsinhalte dergestalt zu tradieren, daß der Empfänger seinerseits durch das Zeichen auf einen bestimmten Bewußtseinsinhalt hingewiesen wird. In diesem Sinne dienen die Zeichen neben der Übertragung der Information auch der Identifikation von Bewußtseinsinhalten (45), indem sie auf etwas hinweisen, das über ihren primären Wahrnehmungsinhalt, sei er optisch oder akkustisch, hinausgeht, nämlich auf den hinter ihnen stehenden Bewußtseinsinhalt, den wir die Bedeutung des Zeichens nennen (46).

(43) Wiener, Kybernetik, S. 153; wegen der technischen Erläuterung des Gedächtnisses vgl. aaO., S. 154 ff

(44) Pierce, Phänomene der Kommunikation, S. 143; vgl. auch Betti, Auslegungslehre, S. 71 ff. und Kosing, Marxistische Philosophie, S. 587

(45) vgl. Bense, Semiotik, S. 47

(46) vgl. dazu Frank, Kybernetik und Philosophie, S. 50 ff, der aus diesem Grund derartige Zeichen auch "Repräsentationszeichen" nennt.

Die in der menschlichen Gemeinschaft wichtigsten Zeichen der vorstehenden Art sind die Wörter, verstanden als Lautzeichen, denen eine Bedeutung, also ein bestimmter Bewußtseinsinhalt zugeordnet ist.

3. Die Mittel der Sprache.

a) Eigennamen

Die engste Verbindung zwischen Lautzeichen und von ihm repräsentiertem Gegenstand der Außenwelt findet sich beim Eigennamen. Hier wird ein einziges Lautzeichen einem bestimmten, nur einmal in der Wirklichkeit vorkommenden Objekt zugeordnet, einem Objekt, das als Gegenstand der Erkenntnis nur einen einzigen, ganz spezifischen und in allen Einzelheiten immer gleich bleibenden Bewußtseinseindruck hervorruft. Wittgenstein (47) bezeichnet den Namen deshalb als "Urzeichen". Durch die einmalige Zuordnung wird eine absolute Eindeutigkeit erreicht, die jedoch im Normalfall nur in einem sehr beschränkten Kreis von Beteiligten Geltung hat. Die Mehrzahl der Eigennamen von Menschen beispielsweise sagt über ihre individuelle Persönlichkeit nur den Bekannten etwas aus, während die meisten Zeitgenossen mit solchen Namen keine konkreten Vorstellungen verbinden können. Je bekannter nun die Persönlichkeiten oder Gegenstände in einer Gemeinschaft sind, desto größer wird der Kreis derjenigen, für die der Eigenname wirklich Eigenname ist, denen also die Nennung dieses Namens vor ihrem geistigen Auge wirklich ein Individuum oder einen ganz bestimmten Einzelgegenstand "anwesen läßt" (48).

(47) Tractatus, S. 26

(48) vgl. Anm. 32; Husserl, Logische Untersuchungen 2/I, S. 54

b) Begriffe

aa) Ihre Notwendigkeit und ihre Entstehung.

Ist der Eigenname nur in einem beschränkten Kreis von Beteiligten geeignet, die gewünschte Aussagekraft bezüglich eines bestimmten Gegenstandes zu entfalten, so ist es infolge der Vielzahl der Erscheinungen, die die Sprache meistern muß, selbst diesem beschränkten Kreis, vielmehr aber noch einer großen Sprachgemeinschaft unmöglich, jeden Gegenstand mit einem Eigennamen zu versehen. Es würde eine Unzahl von Worten gebildet werden müssen, die die Grenzen der menschlichen Aufnahmefähigkeit weit überstiege, wenn überhaupt der bestehende Zeichenvorrat, die akkustischen Lautbilder oder die Buchstaben des Alphabets in ihren Kombinationen ausreichen sollten, ein derart umfangreiches Wortmaterial entstehen zu lassen. Eine beliebige Vermehrung des Zeichenvorrats ist nicht praktikabel; sie müßte wiederum an der beschränkten Fähigkeit des menschlichen Geistes, Zeichen und ihre zugehörigen Bedeutungen zu speichern, scheitern. Diese Behauptung wird schon durch die Erfahrungstatsache belegt, daß sich kaum ein Mensch, und sei er noch so sprachgewandt, finden läßt, der sämtliche Ausdrücke seiner Muttersprache im aktiven wie auch im passiven Wortschatz parat hätte.

Ein weiterer Hauptgrund dafür, daß ein solches Verfahren nicht angewendet wird, liegt aber auch darin, daß das Interesse des Menschen an der Individualität eines jeden Einzelgegenstandes überhaupt fehlt. Es kommt nicht darauf an, ob beispielsweise eine bestimmte Sorte Baum eine Million Blätter hat, eines weniger oder eines mehr. Es besteht vielmehr im all-

gemeinen nur ein Interesse an einigen wenigen besonderen Merkmalen eines Gegenstandes, die zu einer hinreichenden Identifikation genügen. Daher ergibt sich auf Grund von Sinneseindrücken, die wir von einem Gegenstand erhalten, auch nur eine Erinnerung an diejenigen Eindrücke, die für wesentlich gehalten werden (49). Diese wesentlichen Eindrücke, die vielen Einzelgegenständen einer Gattung eigen sind, bilden dann die Bedeutungsmerkmale des Begriffs.

Man geht davon aus, daß "aller begrifflichen Erkenntnis notwendig anschauliche Erkenntnis, aller anschaulichen Erkenntnis wahrnehmende Erkenntnis zugrundeliegt" (50). Aus dieser wahrnehmenden Erkenntnis soll sich durch Wiederholung dann allmählich der Begriff bilden. Nach neuerer Ansicht ist die Begriffsbildung ein rein rationaler Vorgang, d.h., es wird angenommen, die Erinnerungseindrücke würden bewußt gebildet. So spricht Tammelo (51) von "rationaler Nachkonstruktion", wenn der "verstandene Erkenntnisgegenstand zum begrifflichen umgewandelt wird". Nach Weisgerber (52) entstehen Begriffe dadurch, daß der menschliche Geist "die "Sachen" und "Tatbestände" der Außenwelt durch menschliches Ordnen, Werten und Begreifen" faßt und formt, so daß der Begriff durch "Umschaffen der Welt in das Eigentum des Geistes" entsteht.

Die marxistische Philosophie als Vertreterin der Abbildtheorie weist dem Bewußtsein die zentrale Rolle zu: "Mittels seines Bewußtseins kann der Mensch

(49) vgl. Mauthner, Kritik III, S. 290 f

(50) Cassirer, Philosophie III, S. 55

(51) Untersuchungen, S. 20

(52) Menschheitsgesetz, S. 38, 43

die Eigenschaften und Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt erkennen und in seinem inneren Modell abbilden" (53), wobei aber vom sinnlich-konkreten Einzeleindruck zum logisch-abstrakten Inhalt fortgeschritten wird (54). Dabei wird dem Bewußtsein auch keineswegs eine passive Rolle zugedacht. Vielmehr soll es nach dem Prinzip der "Rückkopplung" arbeiten (55), d.h., das Bewußtsein nimmt das Abbild auf, wirkt aber auf Grund des entstandenen Abbildes gleichzeitig wieder auf die objektive Welt ein, indem es auf sie reagiert.

Zur Verbesserung des Verständnisses der Wirkungsweise des Begriffes vermag die Kybernetik wiederum beizutragen. Wie wir sahen, erzeugen Informationen Bewußtseinseindrücke, die durch Speicherung im Gedächtnis zu Bewußtseinsinhalten werden; der Mensch als kybernetisches System speichert im allgemeinen nur die wesentlichen Merkmale einer Information. Diese Tatsache beruht einmal darauf, daß der Speicher, also das Gedächtnis, eine eigene Reizschwelle besitzt, die eine Information übersteigen muß, wenn sie gespeichert werden soll. Dabei sind natürlich wiederkehrende Merkmale von Einzelercheinungen in ihrer Akkumulation besonders geeignet, den Schwellenwert zu übersteigen. Zum anderen arbeitet auch das menschliche Nervensystem nach dem "Ökonomieprinzip" (56), d.h., es ist bemüht, so wenig Speicherung im Gedächtnis vorzunehmen wie irgend möglich. Nicht vergessen werden darf außerdem, daß das menschliche Gedächtnis,

3) Kosing, Marxistische Philosophie, S. 505

4) vgl. Kosing, aaO., S. 583; siehe auch Albrecht, Sprache und Erkenntnis, S. 146

Kosing, aaO., S. 513 und 531

vgl. Stachowiak, Denken und Erkennen, S. 64

wenn auch sehr aufnahmefähig, eben doch in seiner Leistung beschränkt ist, also schon aus diesem Grund gezwungen ist, rationell zu arbeiten.

Im Sinne der Kybernetik könnte man den Begriff als einen Bewußtseinsinhalt definieren, der von Einzelinformationen auf bestimmte wesentliche Informationselemente hin abstrahiert ist und das Bewußtsein in die Lage versetzt, einen Einzelgegenstand der betreffenden Art, der den Schwellenwert dieses Bewußtseinsinhaltes erreicht, als unter den Begriff fallend zu erkennen. Dabei überschreitet die von einem individuellen Gegenstand ausgehende Information den Schwellenwert des Begriffes immer dann, wenn er die wesentlichen Merkmale, die gespeichert sind, für das Bewußtsein erkennbar enthält (57).

Aus den vorstehenden Ausführungen könnte nun entnommen werden, daß alle Erscheinungen der Welt, soweit sie verschiedene Merkmale tragen, mit verschiedenen Zeichen versehen würden, alle Begriffe also "Urschöpfungen" (58) wären. Im Gegenteil ist es jedoch sehr häufig der Fall, daß bereits bestehende Begriffe, besonders augenfällig bei Weiterentwicklungen und neuen Erkenntnissen der Naturwissenschaften und der Technik, auf die neu erkannten und interessierenden Erscheinungen ausgedehnt werden, weil Ähnlichkeiten beider Gegenstände in einem oder mehreren Wesensmerkmalen bestehen oder angenommen werden (59). Als Grund dafür können

(57) vgl. zum Vorstehenden das Kapitel "Wahrnehmung und Begriff" bei G. Klaus, Kybernetik, S. 184 ff und Stachowiak, Denken und Erkennen, S. 53 ff

(58) Weisgerber, Menschheitsgesetz, S. 65

(59) vgl. Schneider, Logik, S. 55; Weisgerber, Von den Kräften der dt. Sprache I, S. 157

wiederum das Ökonomieprinzip und das Erreichen des Schwellenwertes vorhandener Begriffe angeführt werden, beide Zeichen für die Beharrungstendenz der Sprache (60). So wird das Wort Strom für den Fluß und die Elektrizität angewandt, das Wort Flügel für den Körperteil eines Vogels und für ein bestimmt geformtes Saiteninstrument. Beispiele für dieses Phänomen ließen sich noch reichlich finden. Daß ein solches Vorgehen im Sprachgebrauch die Eindeutigkeit der so verwandten Ausdrücke beeinträchtigt, liegt auf der Hand.

Es soll hier noch kurz darauf hingewiesen werden, daß Begriffe, auch wenn sie durch die geistige Leistung Einzelner entstanden sein mögen, erst dann zu einem Begriff werden, wenn sie "Geltung innerhalb einer Sprachgemeinschaft" erworben haben (61). Es ist nämlich ein Wesensmerkmal des Begriffs, in einer Sprachgemeinschaft, wenigstens aber in interessierten Kreisen allgemein verstanden zu werden.

bb) Ihre Funktion

Ganz gleichgültig, ob die Entstehung des Begriffes mehr rational oder mehr emotionell verstanden wird, besteht doch Einigkeit darüber, daß Begriffe in die von außen auf uns einstürmenden Eindrücke Ordnung bringen und uns die Zusammenhänge "begreifen" lassen. So kommt Neumann-Duesberg (62) zu dem Ergebnis, der Begriff sei "nur ein Ordnungsfaktor", und auch Mauthner (63) meint, daß die Begriffe einzig und allein unsere Wahrnehmungen ordnen, während

(60) vgl. Topitsch, Sozialphilosophie, S. 35

(61) Weisgerber, Von den Kräften der dt. Sprache I, S. 141

(62) Sprache im Recht, S. 45

(63) Kritik III, S. 567

Cassirer (64) die entscheidende Leistung des Begriffes in der "Formung der Eindrücke zu Vorstellungen" sieht. Auch die kybernetische Betrachtungsweise führt zu dem Ergebnis, daß der Begriff als "Invariante eine Stabilisierung des Verhältnisses zwischen Mensch und Umgebung und zwischen Menschen selbst erst ermöglicht" (65).

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß in der Sprachwissenschaft Einigkeit insoweit besteht, als der Begriff als Ordnungsfaktor der Sinneseindrücke verstanden wird, der den Menschen in die Lage versetzt, sich sinnvoll in seiner Umwelt zu bewegen. Deshalb kann Heidegger (66) mit Recht sagen: "Die Sprache ist das Haus des Seins" - zumindest in Bezug auf den Menschen.

III.

BEGRIFFE UND EINDEUTIGKEIT.

1. Grenzen ihrer Eindeutigkeit.

Der Begriff muß, wenn er seine Funktion als Ordnungsfaktor mit letzter Konsequenz erfüllen soll, eindeutig sein, d.h., bezüglich seiner Anwendungs-

(64) Philosophie I, S. 252

(65) G. Klaus, Kybernetik, S. 67; vgl. dazu auch Stachowik, Denken und Erkennen, S. 72

(66) Unterwegs zur Sprache, S. 166; in ähnlichem Sinne äußert sich Snell, Der Aufbau der Sprache, S. 64: "... baut sich der Mensch in seinem Geist, auf dem Feld der Sprache, die Welt noch einmal als eine Welt symbolischer "Dinge" auf, und nun beginnt die Welt im System der Sprache für ihn Ordnung zu gewinnen".

möglichkeiten klare Grenzen aufweisen. K. O. Erdmann (67) bezeichnet diese Forderung als "Ideale Forderung" und erklärt, "nur bei Erfüllung dieser Forderung wird man wenigstens im Sinne der Logik von Begriffen" sprechen können.

Nun ist es aber eine Erfahrungstatsache, daß es schwerfällt, eindeutige Begriffe zu finden, denn "vage sind die meisten Ausdrücke des gemeinen Lebens" (68). Gerade dem Juristen, der ein Gesetz anwenden muß, wird dies immer wieder klar, wenn er sich überlegen muß, ob ein Sachverhalt den Tatbestand einer Norm erfüllt oder nicht. Eine Lösung dieses Problems würde ihm sehr viel helfen können.

Für die Auffassung von Mauthner (69), daß der Begriff aus Erinnerungen an Sinneseindrücke und dabei nur an deren wesentliche Merkmale entsteht, kann es keine Frage sein, daß Begriffe gar nicht eindeutig sein können. Es gibt einfach keine zwei Menschen mit genau den gleichen Erinnerungen und genau den gleichen Vorstellungen von bestimmten Merkmalen und vor allem nicht von deren Wesentlichkeit (70). Dies muß auch gelten, soweit die Begriffsbildung des Einzelnen nicht auf unmittelbarer Wahrnehmung beruht, ja, in diesem Fall ganz besonders. Die größte Zahl von Begriffen wird nämlich normalerweise von Dritten übernommen, durch Erklärung in Schule, Beruf und sonst im täglichen Leben. Dabei ist die erste Erfahrung eines Begriffes entscheidend für sein späteres Verständnis, denn was beim ersten Durchdenken eines Begriffes für wesentlich gehalten wird, bestimmt auch später seinen Um-

1. K. O. Erdmann, *Logische Untersuchungen* 2/I, S. 88
2. Anmerkung 49
3. Mauthner, *Antiquarische Philosophie*, III, S. 101

fang, wenn auch weitere Erfahrungen das Verständnis eines Begriffes ändern können und zwar sowohl erweitern als auch einengen. Immer ist es jedoch so, daß jeder einen Begriff nur in dem Umfang versteht, den er kennt (71). Wittgenstein (72) drückt das so aus, "daß die Grenzen der Sprache (der Sprache, die allein ich verstehe) die Grenzen meiner Welt bedeuten". Es liegt danach auf der Hand, daß Sprecher und Hörer unter ein und demselben Sprachbegriff Verschiedenes verstehen müssen, da ihre Kenntnisse und ihr Erfahrungsstand, von verhältnismäßig kleinen Spezialgebieten vielleicht abgesehen, unterschiedlich sind.

Auch die Ansicht von Tammelo (73), daß Begriffe durch rationale Methoden entstehen, führt nicht zu eindeutigen Begriffen. Auf Grund von sinnlichen Wahrnehmungen werden von Gegenständen diejenigen Momente in den Begriff übernommen, die für wesentlich oder allein interessierend gehalten werden. Wer aber soll bestimmen, was für einen Begriff wesentlich ist, oder was als an einem Gegenstand interessierend zu einem konstitutiven Moment des Begriffes gemacht werden soll? Gerade in interessanten Grenzfällen wird eine Einigkeit über diese Frage kaum zu erzielen sein, zumal die Erscheinungen der Außenwelt auch nicht als klar abgegrenzte auftreten. Der Übergang von einer Gattung oder Typengruppe zur anderen ist regelmäßig kein abrupter, sondern ein fließender (74). Erdmann (75) trägt diesem Umstand Rechnung, indem er sagt, jedes Wort bestehe aus einem Kern und einem Grenzgebiet, nicht aber sei eine Grenzlinie gegeben. Dem Kern weist er

(71) vgl. Mauthner, Kritik III, S. 281

(72) Tractatus, 5. 62

(73) vgl. Anmerkung 51

(74) vgl. Husserl, Logische Untersuchungen 2/I, S. 16 ff

(75) Die Bedeutung des Wortes, S. 5

alle Dinge und Vorstellungen zu, "denen unter allen Umständen die Benennung durch das fragliche Wort zukommt", während im Grenzgebiet gestritten werden könne, ob ein Ding oder eine Vorstellung noch unter die Benennung fällt oder schon nicht mehr. Diese Meinung macht sich auch Ullmann (76) zu eigen, wenn er von "semantic range", semantischer Reichweite, eines Wortes spricht und ausführt, daß "the frontiers of verbal signification are often fluid". Er bringt als Beispiel unter anderem das Wort "man", das einen anderen Umfang annimmt, je nach dem ob man es mit "animal" oder mit "woman" in einem Text in Zusammenhang bringt.

Die marxistische Erkenntnistheorie, die sehr stark naturwissenschaftliche Züge trägt und die Funktionen des menschlichen Bewußtseins mit der Arbeitsweise eines Elektronenrechners in Vergleich setzt (77), womit sie sich der Kybernetik annähert, ist ebenfalls nicht in der Lage, die Eindeutigkeit der Begriffe sicherzustellen. Auf den im Bewußtsein entstandenen Abbildern muß die Begriffsbildung beruhen, und diese Abbilder entstehen im Bewußtsein von Individuen. Mag man das Subjekt als gesellschaftliches betrachten und als "sozial determiniert" (78) ansehen, so kann doch nicht geleugnet werden, daß das Individuum zumindest eine "besondere Ausprägung des gesamtgesellschaftlichen Subjekts" ist (79). So schreibt Kosing (80) selbst von dem menschlichen Bewußtsein als "Erkenntnisvermögen, als Fähigkeit, annähernd getreue ideelle Abbilder der objektiven Welt im Bewußtsein zu erzeugen".

(76) Principles, S. 62

(77) vgl. Kosing, Marxistische Philosophie, S. 511 ff

(78) Kosing, aaO., S. 544

(79) Kosing, aaO., S. 544

(80) aaO., S. 514

Das Verständnis Mauthners vom Entstehen der Begriffe kommt den Erkenntnissen sehr nahe, die uns die Informations- und Erkenntnistheorie der Kybernetik vermitteln. Wie wir sahen, entstehen nach deren Lehre die Begriffe durch Speicherung von Bewußtseinseindrücken, die von klassifizierten und nach Ordnungsgesichtspunkten abstrahierten Informationen aus der Außenwelt herrühren. Diese Wissenschaftsrichtung schenkt ihre besondere Beachtung auch den rein physischen Aufnahmemöglichkeiten des Menschen, so daß sie schon hier Unterschiede in der Bewußtseinsbildung zwischen den einzelnen Individuen sehen muß, die unter anderem auch darauf beruhen, daß die Reizschwellen von Mensch zu Mensch verschieden sind, ja nicht einmal bei einem Menschen konstant bleiben; außerdem muß auch mit Leistungsminderungen und Ausfällen im Nervensystem gerechnet werden (81).

Entscheidend ist jedoch, daß an einem Kommunikationsvorgang, dem Begriffe zu dienen haben und der gerade im Recht eine hervorragende Rolle spielt, mehrere Subjekte mit ihren individuellen Bewußtseinsinhalten beteiligt sind. Wenn man einen Bewußtseinsinhalt mitteilen will, verwendet man dazu das diesem Bewußtseinsinhalt zugeordnete Zeichen oder Symbol, das den Hörer oder Leser als Information erreicht und der es seinerseits dem Bewußtseinsinhalt zuordnet, für den es ihm Zeichen ist (82). Da an jeder Erkenntnis, die zur Bildung von Bewußtseinsinhalten führt, als Objekt die informationsgebende Außenwelt und als Subjekt der informationenaufnehmende und -verarbeitende Mensch be-

(81) vgl. Klaus, Kybernetik, S. 76 f

(82) vgl. Snell, Aufbau der Sprache, S. 57;
Stachowiak, Denken und Erkennen, S. 33 f

teilt sind, ist keine Gewähr für intersubjektiv gleiche Erfahrung eines Objektes gegeben (83). Nur diese intersubjektiv gleiche Erfahrung aber würde die Eindeutigkeit begründen können, denn nur so könnten gleiche Bewußtseinseindrücke entstehen, denen jeweils das gleiche Zeichen als Bedeutungsträger zugeordnet werden könnte. Da die Informationen aus der Außenwelt aber in übergroßer Fülle auf das erkennende Subjekt einströmen, bedarf es, wie bereits dargelegt, der - teils bewußten, teils unbewußten - Auswahl, der Verarbeitung durch Klassifizierung und der Kodierung, d.h., der Zuordnung des Zeichens. Hieran muß das individuelle, also einzigartige Subjekt aktiv beteiligt sein, so daß die Behauptung von Klaus (84) zutreffend ist, wonach die Erkenntnis insofern subjektiv ist, "als die spezielle Art und Weise, wie die Abbildung erfolgt, die konkrete Art und Weise, in der die sinnlichen Wahrnehmungen auftreten, Nachrichten kodiert werden usw., von der Beschaffenheit des erkennenden Subjekts abhängen".

Besonders zur Frage der Klassifizierung, die zur Bildung von Begriffen führt, sei noch darauf hingewiesen, daß die Klassifizierungen zwar sehr häufig auf der Erkenntnis von Gesetzmäßigkeiten in der Außenwelt beruhen. Diese Gesetzmäßigkeiten sind aber keineswegs so ausgeprägt, daß sie immer klare Abgrenzungen liefern würden. In sehr vielen, wenn nicht den meisten Fällen, läßt sich eine Abgrenzung so oder anders treffen, ohne daß diesem Vorgehen ein Verstoß gegen die Gesetze der Logik angelastet werden könnte.

(83) vgl. Stachowiak, Denken und Erkennen,

(84) Kybernetik, S. 213

Dazu heißt es bei Kamlah-Lorenzen (85): "Die Sprache sucht sich also einerseits der Welt und ihrer sich aufdrängenden Gliederung anzupassen, indem sie andererseits der Welt eine Gliederung erst gibt". Gerade dadurch aber, da der Mensch auch da gliedere und Grenzen setze, wo er Übergänge finde - die Verfasser bringen als Beispiel die Unterscheidung von "Bach", "Fluß" und "Strom" - bleibe in der Unterscheidung ein Spielraum, der zu einer unvermeidlichen Unschärfe der Begriffe, die hier als "Prädikatoren" bezeichnet werden, führe (86). Besonders in der Umgangssprache, bei der meist ein Bedürfnis für klare Grenzziehungen gar nicht besteht, zeigen sich "willkürliche, einerseits sich überlappende, andererseits lückenhafte Einteilungen der Erfahrung"(87).

Allen wissenschaftlichen Richtungen, die sich mit dem Begriff und seiner semantischen Belegung beschäftigen, ist damit die Erkenntnis gemeinsam, daß Begriffe grundsätzlich nicht eindeutig sein können, weil jedes Individuum für sich sein eigenes Begriffsrepertoire erwerben muß und an diesem Erwerb mit seiner individuellen Subjektivität notwendig beteiligt ist, so daß sie von der Begriffsgewinnung nicht getrennt werden kann.

Neben diesen Unklarheiten, die dem Begriff und seinem Verständnis selbst innewohnen, weil es an der klaren Abgrenzbarkeit und einer intersubjektiven Übereinstimmung darüber fehlt, ergeben sich weitere Schwierigkeiten durch das Auseinanderfallen von Begriff und Wortbedeutung (88). Während der Begriff

(85) Logische Propädeutik, S. 49

(86) Kamlah-Lorenzen, aaO., S. 46 f

(87) Pierce, Phänomene der Kommunikation, S. 147

(88) vgl. W. Schmidt, Lexikalische und aktuelle Bedeutung, S. 18 f; Erdmann, Die Bedeutung des Wortes, S. 80

rein sachlich die ihn begründenden Momente angeben kann oder wenigstens soll, erfaßt die Wortbedeutung auch "sentimentale Zutaten" (89). Darunter sind Emotionen zu verstehen, die beim Hören eines bestimmten Wortes auftreten; es wird sich dabei meist um Sympathie oder Antipathie handeln, die sich auf Erlebnisse in diesem Zusammenhang gründen. Schon beim Erlernen einer Wortbedeutung wird dem Menschen diese Bedeutung zusammen mit einer "Werttönung" und einem Hinweis darauf, wie er sich dem betreffenden Gegenstand gegenüber zu verhalten habe, vermittelt (90). Den persönlichen Erlebnissen dürfte jedoch eine entscheidende Rolle zukommen. So wird zum Beispiel jemand, der schon einmal in einem Gefängnis eingesperrt war, beim Erwähnen dieses Wortes ganz andere Empfindungen haben als jemand, der in einer solchen Anstalt als Aufseher arbeitet oder gar als jemand, der diese Einrichtung nur von außen kennt. Je nach der politischen Einstellung werden die Begriffe Partei, Parlament oder Föderalismus unterschiedliche emotionelle Reaktionen hervorrufen. Und das, obwohl bei den Beteiligten annähernd gleiche sachliche Erkenntnisse bezüglich der angesprochenen Gegenstände bestehen können. Deshalb erkennt Husserl (91) eine Bedeutungsgleichheit nur da an, wo ein "gleiches Bedeutungserlebnis vorliegt".

Es handelt sich hier aber nicht nur um passive Erfahrung, sondern auch der Sprecher oder Schreiber wählt die Worte nach seiner subjektiven Einstellung zu dem Gegenstand, mit dem er sich befaßt. Will er seine positive Haltung zum Ausdruck bringen oder eine solche hervorrufen, so spricht er etwa statt

(89) Sapir, Die Sprache, S. 44

(90) vgl. Topitsch, Sprachlogische Probleme, S. 18

(91) Logische Untersuchungen 2/I, S. 112

von Beeinflussung von Überzeugung, während er im Falle einer Antipathie vielleicht von Manipulation sprechen würde. Solche Wortverwendungen, die im konkreten Fall sachlich eine gleiche Erscheinung der Umwelt meinen sollen, aber eine verschiedene emotionelle Anteilnahme zeigen oder erwecken wollen, sind das tägliche Brot jeder politischen Rede, ja jeder Rede, die andere von dem eigenen Standpunkt überzeugen soll. Dabei ist es keineswegs so, daß solche "Gefühlswerte" (92) eines Wortes immer bewußt beachtet würden; sie ergeben sich auch bei dem Versuch objektiven Vorbringens aus dem unterschiedlichen Interesse, das der Einzelne dem dargestellten Gegenstand entgegenbringt und daraus, welche persönlichen Erfahrungen er vielleicht mit ihm gemacht hat. Aus diesem Grund ist es auch unmöglich, diesen Gefühlswert aus der Wortbedeutung zu verbannen, denn selbst wenn der Redner oder Schreiber bemüht ist, neutrale Worte zu wählen, kann er niemals sicher sein, daß sie auch wertfrei verstanden werden. Aus diesem Grunde behauptet auch Ullmann (93): "The affective side of language is just as fundamental as its cognitive side". Und Husserl (94) spricht dieser Verbindung von sachlichem und gefühlsmäßigem Verwenden und Verstehen von Begriffen "assoziativen Einheitscharakter" zu.

a) Insbesondere: Begriff und ideales Sein

Ausgehend von der Definition, daß das Wort die Zuordnung eines Lautzeichens zu einem Gegenstand bzw. dem von den von ihm ausgehenden Informationen hervorgerufenen Bewußtseinsinhalt darstellt, war bisher immer von Gegenstand oder Sinneseindruck die

(92) Erdmann, Die Bedeutung des Wortes, S. 80

(93) Principles, S. 97

(94) Logische Untersuchungen 2/I, S. 389

Rede, ohne daß über ihre Art nähere Ausführungen gemacht worden wären. In der Tat werden in der Sprachwissenschaft all diese Termini verwendet, oft ohne Hinweis darauf, ob darunter nur die sinnlich wahrnehmbare Welt zu verstehen ist, oder ob auch geistige Gegenstände, ideales Sein, das in der realen Welt nicht "bewußtseinstranszendent" (95) existiert, erfaßt werden soll.

Bei einigen Sprachwissenschaftlern wird angedeutet, daß ihre Aussagen zu Begriffen und deren Bedeutungen auf die gegenständliche Welt zu beschränken sind. So definiert W. Schmidt (96) die Wortbedeutung als "inhaltliche Widerspiegelung eines Gegenstandes ... der objektiven Realität". Das gleiche meint wohl auch Weisgerber (97), wenn er schreibt, daß "Tatbestände des Sinnlichen zu Zeichen werden". Deutlich wird die Einschränkung auf die gegenständliche Welt bei Cassirer (98), der dazu ausführt, daß "aller begrifflichen Erkenntnis notwendig anschauliche Erkenntnis" zugrundeliege.

Es ist daher die Frage zu stellen, ob die Sprache des idealen Seins, des Seins außerhalb anschaulicher Erkenntnis, besonderen Bedingungen unterliegt. Auf diese Frage muß eingegangen werden, weil Recht als "Kulturerscheinung, ein Phänomen nicht des (rein) physischen, sondern des (primär) geistigen Seins" ist (99). Für die sprachliche Bewältigung des Rechts und seiner Normen kann somit nicht darauf verzichtet werden, auch das Verhältnis von Sprache und geistigem Sein zu erörtern.

(95) Bense, Semiotik, S. 43

(96) Lexikalische und aktuelle Bedeutung, S. 16

(97) Menschheitsgesetz, S. 55

(98) Philosophie III, S. 55

(99) Kaufmann, Freirechtsbewegung - lebendig oder tot? JuS 1965, S. 2; vgl. auch Hartmann, Ethik, S. 163

Aus dem Bereich des idealen Seins werden in der weiteren Untersuchung auf Grund ihrer Zielsetzung die Werte herausgenommen und ihr Verhältnis zur Wortbedeutung untersucht. Neben die gesellschaftlichen Gegebenheiten, die dem Gesetz zugrunde liegen, tritt nämlich als zweite Komponente die Wertordnung, um Recht als "wertbezogene Wirklichkeit" (100) entstehen zu lassen. Werte, allen voran die Gerechtigkeit, sind die entscheidenden Faktoren jedes Rechts und jedes Gesetzes.

Nun sind Werte als Gegenstände des idealen Seins infolge ihrer Ungegenständlichkeit für den direkten Zugriff unzugänglich (101). Sie sind kein Objekt anschaulicher Erkenntnis, vielmehr ist "Anfang und Ende aller Werterkenntnis ... das Erfühlen und Erfahren der Werte" (102). Dieses Erfühlen und Erfahren ist ein persönliches Erlebnis des Einzelnen, das unmittelbar sein individuelles Bewußtsein prägt. Das reale Sein dringt als Information über die Sinnesorgane in das Bewußtsein ein und die Sinnesorgane der verschiedenen Menschen sind immerhin so gleich, daß sie eine bestimmte Erscheinung in etwa gleich wahrnehmen können, sich also durch einen Hinweis darüber zu verständigen in der Lage sind, zumal die objektive Realität eine Kontrolle des Verständnisses erlaubt. Anders ist es jedoch bei den Werten, die jeder für sich erfühlt und dieses Erfühlen ist nicht anschaulich, für den

(100) Radbruch, Rechtsphilosophie, S. 118

(101) vgl. Thiel, Ontologie I, S. 391; weiter Bense, Semiotik, der deshalb die Werterkenntnis der "uneigentlichen Erkenntnis" zurechnet (aao., S. 43); ferner H. Albrecht, Probleme der Wissenschaftslehre, S. 45 ff, wo ausgeführt wird, "daß Werturteile grundsätzlich Stellungnahmen zum Ausdruck bringen und daher nicht über ihren Gegenstandsbereich informieren. Das ist der Sinn der These, daß Werte keine Erkenntnis vermitteln".

(102) Zippelius, Wesen des Rechts, S. 105

anderen nicht sinnlich wahrnehmbar, ebenso wie es auch das Erfühlte nicht ist. Man ist daher bezüglich der Werterfahrungen des anderen auf dessen Aussagen darüber angewiesen (103).

Auf Grund der kybernetischen Betrachtungsweise muß der Unterschied zwischen realem und idealem Sein darin gesehen werden, daß beim realen Sein die vom Bewußtsein zu verarbeitenden Informationen aus der Außenwelt kommen, während sie beim idealen Sein aus dem Bewußtsein selbst stammen, oder wie Stachowiak (104) es nennt, aus dem "motivationalen Untersystem des Menschen". Das bedeutet, daß die Information aus der realen Welt zunächst einmal intersubjektiv ist, d.h., jedem Erkenntnissubjekt in gleicher Art zur Verfügung stehen kann und zwar als unvermittelte Information des Erkenntnisgegenstandes. Die Werterkenntnis erfolgt jedoch als subjektive Werterfahrung nur bewußtseinsimmanent, übermittelt also unmittelbare Information nur demjenigen, der den Wert erfährt. Um zu einer Kommunikation über diesen erfahrenen Wert zu kommen, muß man sich dann der Sprache bedienen, d.h., dem durch die Werterfahrung gebildeten Bewußtseinseindruck wird ein Zeichen zugeordnet und es wird verwendet in der Annahme, daß der Gesprächspartner, der das Zeichen als Information empfängt, über einen gleichen Bewußtseinsinhalt verfügt, dem er dieses Zeichen zuordnen kann.

Man kann also sagen, daß der Wert dadurch gekennzeichnet ist, daß er auf einer "Beziehung einer Gegenstandsbeschaffenheit zu einer Subjektsreaktion"

(103) vgl. Rickert, Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung, S. 143

(104) Denken und Erkennen, S. 37

beruht (105). Damit ergibt sich dann zwangsläufig, daß wir von einem Wert nur in dem Umfang sprechen können, der unserer eigenen Werterfahrung entspricht. Nun hat aber "der Einzelne seine individuelle Wertperspektive" (106) und der Angesprochene denkt bei der Benennung eines bestimmten Wertes notwendig in dieser seiner eigenen Wertperspektive, weil er den Wert niemals anders erfahren hat und ihn auch nicht anders erfahren kann. So gebrauchen beide das gleiche Wort für verschiedene subjektive Bewußtseins- und damit Bedeutungsinhalte. Eine Eindeutigkeit in der Kommunikation kann aus diesem Grunde nicht bestehen. Mit Recht schreibt Stevenson (107): "Ethical terms are more than ambiguous; they are vague". Karstedt hält deshalb auch einen "wißbaren Wert" für ein "Unding" (108).

Nach dem bisher Gesagten könnte man auf den Gedanken kommen, daß in einer konkreten Situation jeweils nur ein Wert in Frage käme, daß also Werte isoliert aufträten. Das ist aber so gut wie nie der Fall; so streiten beispielsweise unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit immer irgendwelche verschiedenen Werte miteinander, denn nur dann kann sich überhaupt die Frage nach der Gerechtigkeit stellen. Die verschiedenen Werte aber haben nicht für jeden das gleiche Gewicht; "die Einzelnen erfahren die Werte mit verschiedener Vorzugstendenz" (109). So wird etwa im konkreten Fall der eine der Rechtssicherheit den Vorzug geben wollen, der andere aber der Billigkeit, und beide werden ihre Entscheidung als gerecht und

(105) Kraft, Wertlehre, S. 186; im gleichen Sinne Albrecht, Sprache und Erkenntnis, S. 219 ff

(106) Zippelius, Wertungsprobleme, S. 131; vgl. auch Betti, Allgemeine Auslegungslehre, S. 7 ff

(107) Ethics and Language, S. 34

(108) Rechtswert und positives Recht, S. 35

(109) Zippelius, Wesen des Rechts, S. 103

die des anderen wahrscheinlich als ungerecht bezeichnen. Diese Vorzugstendenzen sind individuell verschieden und außerdem noch variabel, d.h., sie können sich im Laufe eines menschlichen Lebens nicht unerheblich verändern und sie tun dies auch (110).

Es muß daher im Ergebnis festgestellt werden, daß über Werte keine eindeutigen Aussagen gemacht werden können, da wegen der Relativität der Werterfahrung ein übereinstimmender Bedeutungsinhalt eines Wertbegriffes nicht besteht und mangels sinnlicher Erkenntnismöglichkeit auch nicht wenigstens annähernd hergestellt werden kann. Mit Wittgenstein (111) könnte man also sagen, daß "Ethik sich nicht aussprechen läßt".

b) Die Definition

Sehr oft wird die Definition als Mittel angesehen, dem Begriff seine Eindeutigkeit zu geben. Vor allem in der Wissenschaftssprache bedient man sich der Definition um zu wissenschaftlichen "Termini" (112) zu gelangen. Diese Definition wird verstanden als "die geordnete Angabe der wesentlichen Merkmale eines Begriffs" (113). Was für den Inhalt der Definition als wesentlich angesehen werden soll, wird hier kraft ausdrücklicher Vereinbarung oder einseitiger Festlegung bestimmt.

Die Definition selbst erfolgt mittels Beschreibung der wesentlichen Merkmale in Sätzen, so daß man mit Frank (114) die Definition auch als "Kürzel"

(110) vgl. Zippelius, Wertungsprobleme, S. 158 ff;
Betti, Allgemeine Auslegungslehre, S. 20

(111) Tractatus, 6.421

(112) vgl. Kamlah-Lorenzen, Logische Propädeutik, S. 70

(113) Mauthner, Kritik III, S. 296

(114) Kybernetik und Philosophie, S. 93

für Sätze verstehen kann. Wenn jedoch Kamlah-Lorenzen (115) meinen, die "Mehrdeutigkeit werde ... durch die ausdrückliche Vereinbarung von vornherein vermieden", kann ihnen nicht gefolgt werden. Das Mittel der Definition sind die von allen verstandenen Worte und Begriffe der Umgangssprache, die Kamlah-Lorenzen selbst für unscharf halten. Die Verwendung mehrerer, zwar kontextgebundener, aber unklarerer Worte und Begriffe, die zwar im Kernbereich klar sein mögen, in ihren Grenzen jedoch nicht fixiert sind, vermag wohl die Bestimmtheit des zu definierenden Begriffes zu erhöhen, seinen Bedeutungsumfang aber im Grenzbereich auch nicht eindeutig festzulegen. Albert (116) spricht in diesem Zusammenhang zutreffend von einem "Bedeutungstransfer" vom Definiens zum Definiendum" und fährt fort: "Da ein unendlicher definitorischer Regreß ausgeschlossen ist, muß bei allen definitorischen Festsetzungen letzten Endes an eine bestehende sprachliche Grundlage angeknüpft werden" (117). Die Definition vermag also zwar die Bestimmtheit des Begriffs zu erhöhen, aber nicht seine Eindeutigkeit herzustellen (118).

Noch ein anderer Einwand ist gegen die Definition als Mittel der Bedeutungsfestlegung von Begriffen zu erheben. Es ist ja, wie die Praxis zeigt, in den seltensten Fällen so, daß der Begriff definiert und dann auf die wahrgenommenen Erscheinungen angewendet würde. Meist wird zunächst festgestellt, ob ein Begriff ein bestimmtes Phänomen er-

-
- (115) Logische Propädeutik, S. 71
(116) Probleme der Wissenschaftslehre, S. 50
(117) ebenso Gadamer, Wahrheit und Methode, S. 110 f.
(118) vgl. Rickert, Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung, S. 49; Stevenson, Ethics and Language, S. 208; Weisgerber, Von den Kräften der dt. Sprache I, S. 247 f

fassen soll, und dann wird die Definition entsprechend gestaltet, was zur Folge hat, daß neue Erkenntnisse den Inhalt der Definition nicht unberührt lassen. Dies wird besonders deutlich im Strafrecht; man braucht nur einen Kommentar zum Strafgesetzbuch in verschiedenen Auflagen zur Hand zu nehmen und wird sich über die Wandlungsfähigkeit von Definitionen wundern. Bei einer Definition wird vom gewünschten Ergebnis her gearbeitet, und aus diesem Grund wäre sie zur Begriffserklärung nur dann geeignet, wenn das Ergebnis von allen gebilligt würde. Das wird zwar im alltäglichen Gebrauch sehr oft, in schwierigen Granzfällen aber fast nie der Fall sein. Und auch dann wäre nur eine Einzelfalldefinition gegeben, die bei einer neuen Fallage wieder geändert werden könnte. Wer aber soll bestimmen, wann eine Definition endgültig gefunden und nicht mehr abänderbar ist? Eine solche Bestimmung könnte gerade von der Wissenschaft niemals akzeptiert werden, die ja bestrebt sein muß, neue Erkenntnisse zu gewinnen und diese auch in ihrem Sprachgebrauch zu berücksichtigen.

2. Das Wort im Kontext.

Nachdem wir gesehen haben, daß es eindeutige Wörter und Begriffe, abgesehen vielleicht von engen Bereichen der Naturwissenschaften, gar nicht gibt, taucht die Frage auf, warum sich Menschen dennoch verstehen, d.h.. besser, verständlich machen können.

Bei der Kommunikation mit Hilfe der Sprache kommt es nur sehr selten vor, daß Worte isoliert ge-

braucht werden. Aber auch in diesem Fall gibt die konkrete Situation, in der das einzelne Wort gebraucht wird, einen Anhaltspunkt dafür, in welchem Sinn das Wort gemeint ist, sie wird "Verständnishilfe" (119). Nehmen wir als Beispiel das Wort "bitte". Je nach der Situation, in der es ausgesprochen wird, nimmt es verschiedene Bedeutungen an. So kann es die Antwort auf einen Dank sein, eine Aufforderung, eine Rückfrage und vieles andere mehr.

Eine weit größere Bedeutung kommt bei der Konkretisierung eines Wortes dem Kontext zu, in dem es gebraucht wird. Martinet (120) geht sogar so weit zu behaupten, daß "ein sprachliches Element nur in einem gegebenen Kontext und in einer gegebenen Situation wirklich eine Bedeutung hat". Er stimmt insoweit mit W. Schmidt überein, der unter "lexikalischer Bedeutung" die Bedeutungsmöglichkeit eines Wortes versteht, unter "aktueller Bedeutung" die "eindeutig determinierte Wortbedeutung im Kontext". Er führt dazu aus: "In jedem Fall, in dem wir Sprache verwenden, geht eine Umwandlung von sprachlichen Möglichkeiten in sprachliche Wirklichkeiten vor sich" (121). Wenn Schmidt aber andeutet, im Zusammenhang mit anderen Wörtern gewinnt jedes einzelne semantische Eindeutigkeit, so muß dem widersprochen werden.

Es wurde bereits festgestellt, daß ein Begriff aus einem Bedeutungskern und einem mehr oder minder ab-

(120) Sprachwissenschaft, S. 43; ähnlich Hartmann, das Problem des geistigen Seins, S. 429 f, und Kamlah-Lorenzen, Logische Propädeutik, S. 64 ff; nicht ganz so weit geht Ullmann, Principles, S. 62, wenn er schreibt: "The nature of word-meaning is such that quite often it cannot even be properly conceived, let alone defined, without the support of the context".

(121) Lexikalische und aktuelle Bedeutung, S. 3, 44

grenzbaren Randgebiet besteht, in dem sich seine Bedeutung nicht mehr exakt fassen läßt, oder mit anderen Worten ausgedrückt, daß ein Begriff als Zeichen im Bereich seiner Randgebiete nicht mehr eindeutig zu bestimmen vermag, ob er diesem oder schon jenem Bewußtseinsinhalt als adäquat zuzuordnen ist. Wenn nun "ein Sprachinhalt nur in Bezug auf andere Umriß gewinnt" (122) und die "Wortbedeutungen sich gegenseitig bedingen und sich gegenseitig einschränken" (123), so wäre Eindeutigkeit eines bestimmten Begriffes nur zu erreichen, wenn zum ersten dieser Begriff im Kontext von allen Seiten her bestimmt würde und zum zweiten die Grenzen der den Begriff umgebenden Bedeutungsgehalte fixiert werden könnten. Das zweite ist nicht der Fall, weil um den Begriffskern nicht genau festlegbare Randgebiete der Anwendbarkeit des Begriffes bestehen. Wenn nun zwei unscharfe Grenzen aufeinanderstoßen, so kann sich daraus nicht eine feste Abgrenzung ergeben, vielmehr werden Zonen gegenseitiger Durchdringung entstehen. Daneben wird es fast nie der Fall sein, daß ein Begriff von den ihn im Kontext umgebenden Wörtern von allen Seiten her eingeschränkt und begrenzt wird. Vielmehr erfolgt in einem Sprachzusammenhang normalerweise die Hervorhebung eines Bedeutungsmerkmals aus den lexikalischen Möglichkeiten, d.h., auf einzelne Bedeutungselemente wird mehr Gewicht gelegt, andere treten in den Hintergrund, so daß sie von dem konkreten Kontext gar nicht oder nur unwesentlich berührt werden.

(122) Weisgerber, Menschheitsgesetz, S. 71

(123) K.O. Erdmann, Die Bedeutung des Wortes, S. 29

Wenn also der Bedeutungsinhalt eines Wortes in einem sprachlichen Zusammenhang auch klarer und enger werden mag, eindeutig wird er nicht. Viele unklare Begriffe können nicht durch geschickte Kombination zu vollkommener Klarheit jedes einzelnen in dieser Kombination verwendeten Begriffes führen.

3. Der Bedeutungswandel.

Wir sind bisher stillschweigend davon ausgegangen, daß ein einmal - mehr oder weniger - fixierter Begriff seinen Bedeutungsinhalt beibehält. Man kann sich aber leicht vom Gegenteil überzeugen, wenn man an die Entwicklung etwa der deutschen Sprache denkt, die im Verlauf ihrer Geschichte erhebliche Wandlungen durchgemacht hat (124). Es ist kein Grund ersichtlich, warum diese Entwicklung ausgerechnet heute abgeschlossen sein sollte; wenn auch die Sprache eine gewisse "Beharrungstendenz" (125) aufweist, so werden doch auch heute noch laufend neue Erkenntnisse gewonnen, die entweder nach neuen Worten verlangen oder alte "Begriffshülsen" (126) sprengen. Zudem werden die einzelnen Wissensgebiete immer umfangreicher und dabei immer besser erfaßt; diese Tatsache verlangt, wenn überhaupt diese Informationsflut noch aufgenommen und bewältigt werden soll, daß der Abstraktionsprozeß, der zur Begriffsbildung führt, nicht stillsteht, sondern laufend weitergeführt wird (127).

-
- (124) vgl. Sapir, Die Sprache, S. 138 ff; Henkel, Rechtsphilosophie, S. 49
(125) Topitsch, Sozialphilosophie, S. 34
(126) Erdmann, Die Bedeutung des Wortes, S. 17; vgl. auch Stachowiak, Denken und Erkennen, S. 27
(127) vgl. Albrecht, Sprache und Erkenntnis, S. 153 f

Aus diesem Vorgang, der hier nur angedeutet werden kann, ergeben sich weitere Schwierigkeiten für die Formulierung von Gedanken, die schon deshalb nicht behoben werden kann, weil die zukünftige Entwicklung nicht vorausszusehen ist. Die Probleme sind besonders groß bei Gesetzen, die ja lange Zeit gültig bleiben sollen und dennoch bereits bei ihrer Verabschiedung durch die gesetzgebenden Körperschaften auf einem Entwicklungsstand beruhen, der in der Welt, in der sie gelten sollen, schon nicht mehr gegeben ist.

Außer dieser rein sprachlichen Entwicklung sind gerade bei den Gesetzesbegriffen noch besondere außersprachliche Einwirkungen auf den Bedeutungsgehalt festzustellen. So haben etwa das Bürgerliche Gesetzbuch oder das Strafgesetzbuch durch ihre Geltung unter den verschiedensten Verfassungssituationen nicht unerhebliche Wandlungen durchgemacht, auch wenn die Texte nicht geändert wurden. Die Tatsache, daß auch soziale Veränderungen immer wieder zu einem Neuüberdenken von formulierten Normen, die man längst für geklärt gehalten hat, zwingt, ist gerade in der heutigen Zeit, die von gesellschaftlichen Umstrukturierungen geprägt ist, augenscheinlich.

4. Der Erwerb der Sprache.

Die Fähigkeit zu sprechen und Sprache zu verstehen ist keine Fähigkeit, die dem Menschen vererbt wird. Angeboren ist ihm lediglich der Erkenntnisapparat, mit dessen Hilfe er in die Lage versetzt ist, die Sprache zu erwerben (128). Das

(128) Vgl. dazu Klaus, Kybernetik, S. 109 ff:
"Lernen als Form der Erkenntnis";
Seeberger, Die menschliche Intelligenz,
S. 22 ff.

Sprachgedächtnis ist bei dem Neugeborenen ein "unbeschriebenes Blatt", d.h., der Speicher für Sprachinformationen ist zunächst leer. Sobald der Erkenntnisapparat aber genügend ausgebildet ist, um Eindrücke aufnehmen zu können, lernt das Kind in und an seiner Umwelt; es vollzieht die "lernende Anpassung an die objektiven Ordnungen der Außenwelt" (129). Dabei ist es nun keineswegs so, daß es sich hierbei um bewußte Prozesse handeln müßte. Im Gegenteil übernimmt das Kind von seiner Umwelt dessen Sprachgewohnheiten, ohne sich zunächst Rechenschaft über diesen Vorgang zu geben. Das Kind vollzieht nach, was es bei anderen sieht und gewöhnt sich daran, die Sprachgewohnheiten seiner Mitmenschen zu seinen eigenen zu machen (130).

Die Eindrücke aus der Umwelt, die in das Bewußtsein des Kindes eindringen, werden nun in dessen Gedächtnis gespeichert, ebenso die zugehörigen Bezeichnungen, d.h., es wird zu einem Bewußtseinsinhalt gleich die Zeichenzuordnung mit in das Gedächtnis aufgenommen. Das hat zur Folge, daß das Kind "mehr und mehr Dinge wiedererkennen und in erneuter Begegnung durch Ausrufen des Namens gleichsam begrüßen kann" (131). Wichtig ist, bereits hier festzuhalten, daß im menschlichen Speicher, dem Gedächtnis, jeweils Bewußtseinsinhalte und die zugeordneten Sprachzeichen gespeichert werden, zwischen ihnen also eine besonders enge Verbindung besteht.

(129) Stachowiak, Denken und Erkennen, S. 24

(130) vgl. Seeberger, Die menschliche Intelligenz, S. 89 ff; Kamlah-Lorenzen, Logische Propädeutik, S. 29

(131) Kamlah-Lorenzen, aaO., S. 46

Erst in einer späteren Phase lernt das Kind dann, auch bewußt, indem es belehrt wird und Hinweise auf Erkenntnisgegenstände erhält. Je mehr es so Erkenntnisse sammelt, Zusammenhänge sehen und Wesentliches von Unwesentlichem zu trennen lernt, desto genauer formt sich sein Bild von seiner Welt. Das bedeutet auch, daß sein Bewußtsein sich dem verfeinerten Weltbild anpaßt und seine Bewußtseinsinhalte klarer und in ihrer Abgrenzung schärfer werden. Dieser Entwicklungsprozeß ist allerdings nicht auf das Kind beschränkt, sondern setzt sich bei dem Erwachsenen fort, so daß das Bewußtsein des Menschen in dauernder Entwicklung begriffen ist (132), die allerdings auch negativ verlaufen kann, nämlich in der Form des Vergessens. Das intakte Gedächtnis jedoch hat die Bewußtseinsinhalte, die direkt aus Umweltinformationen oder durch Denkopoperationen gewonnen sein können, immer so gespeichert, daß sie als Bedeutung einem bestimmten sprachlichen Zeichen zugeordnet sind. Mit anderen Worten, es werden nicht getrennt gespeichert die Worte und Begriffe einerseits und die Bewußtseinseindrücke oder Bedeutungen andererseits, sondern immer die "semantische Zeichenrelation (133).

5. Das Verständnis der Sprache.

Wenn der Mensch mit einem anderen Menschen direkt durch die Rede oder durch ein Ersatzmittel wie Schrift oder Tontechnik in Kommunikation tritt, nimmt er als Information Sprache in der jeweiligen Form, immer aber Wörter und Begriffe wahr. Die-

(132) vgl. Stachowiak, Denken und Erkennen, S. 27
(133) Klaus, Kybernetik, S. 291 f

se Information wird durch die Sinnesorgane dem Bewußtsein zugeführt und dort verarbeitet, indem sie mit den im Speicher vorhandenen Bewußtseinsinhalten oder Bedeutungen verglichen wird (134). Es wird also im Gedächtnis nach einer gespeicherten Information gesucht, die der aktuellen Information entspricht - oder doch im wesentlichen entspricht. Dazu führt Klaus (135) aus: "In der Regel wird ein zu erkennender und zu klassifizierender Gegenstand ...dann identifiziert sein, wenn der Schwellenwert eines schon als gedankliches Abbild gespeicherten Gegenstandes erreicht wird". Ist ein entsprechender Bewußtseinsinhalt nicht vorhanden, so wird die Sprache insoweit nicht verstanden.

Die im Gedächtnis gespeicherten Informationen sind nun, wie besonders auch den Darlegungen zu Wort und Begriff entnommen werden kann, individuell verschieden. Aus der Fülle der auf den Menschen einströmenden Information muß er eine Auswahl treffen, die Informationen klassifizieren und sie anhand der Bestimmung wesentlicher Merkmale voneinander abgrenzen. Für alle diese Prozesse ist das individuelle Bewußtsein ausschlaggebend, das sich noch dazu in ständiger Entwicklung befindet, sowohl hinsichtlich seines Umfangs als auch seiner Empfindlichkeit für Informationen, der sogenannten Schwellenwerte. Das bedeutet, daß die Erkenntnis von Subjekt zu Subjekt, von Mensch zu Mensch verschieden ist. Das bedeutet weiter, daß die gespeicherten Bewußtseinsinhalte verschieden sind. Da aber das Verstehen von Sprache und Wiederer-

(134) vgl. Stachowiak, Denken und Erkennen, S. 27;
Kamlah-Lorenzen, Logische Propädeutik, S. 45
(135) aaO., S. 163

kennen einmal empfangener Bewußtseinseindrücke voraussetzt, weil sonst die Sprachinformation nicht auf eine gleiche oder ähnliche, bereits gespeicherte Information, die ihr als Bedeutung zugeordnet werden könnte, trifft, ergibt sich zwangsläufig, daß für jeden einzelnen die Sprache niemals genauer und klarer sein kann als die von ihm gewonnene Erkenntnis. Nur was der Mensch als Erkenntnis bereits erfahren hat, kann er in der Sprache und durch die Sprache wiedererkennen.

IV.

DIE RÜCKGEWINNUNG DER IN DER FORMULIERTEN NORM ENTHALTENEN ERKENNTNIS UND IHRE ANWENDUNG IN DER RECHTSPRAXIS.

1. Die Rechtsnorm als sprachlich gebundener Erkenntnisgegenstand.

a) Die Entstehung der Rechtsnorm.

Da es sich bei dem Recht vornehmlich um einen sozialen Ordnungsfaktor handelt, müssen Ausgangspunkt jeder rechtlichen Regelung soziale Gegebenheiten oder Vorstellungen sein, die mittels der Rechtsordnung beeinflußt werden sollen (136). Wenn also der Gesetzgeber Lebenssachverhalte für regelungsbedürftig hält, trifft er zunächst die Sachentscheidung (137), oder, wie Frank (138) es nennt, die

(136) vgl. Topitsch, Sozialphilosophie, S. 67;
Simitis, Rechtliche Anwendungsmöglichkeiten,
S. 3 f

(137) vgl. Heck, Begriffsbildung und Interessenjurisprudenz, S. 75

(138) Kybernetik, S. 149

"Urentscheidung". Diese Entscheidung ist Wertentscheidung; sobald nämlich der Gesetzgeber zu einer Entscheidung aufgerufen ist, weil eine soziale Krise oder ein Interessenkonflikt bestehen, die sich ohne sein Eingreifen nicht lösen lassen, stehen immer verschiedene Werte miteinander im Streit. Dabei kann es sich um den aktuellen Konflikt individueller Werte, individueller und objektiver Werte und objektiver Werte untereinander handeln. Individuelle Werte sind dabei als den Wertanschauungen eines Einzelnen oder einer Minderheit entstammend anzusehen, während objektive Werte der Wertanschauung einer quantitativen oder qualitativen Mehrheit in der Gemeinschaft entsprechen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß objektive Werte nicht immer nur als positive gefunden werden. Vielmehr bestehen oft "sehr präzise gemeinsame Vorstellungen darüber, wie eine Rechtsordnung nicht aussehen darf" (139), während über die Frage, wie sie aussehen soll, ein lebhafter Streit geführt wird.

Die Entscheidung des Gesetzgebers besteht somit darin, daß er einem der in Widerstreit liegenden Werte den Vorzug gibt und den oder die anderen zurücksetzt (140). Diese Entscheidung erfolgt nun nicht willkürlich, sondern anhand einer vorgegebenen Wertskala, wobei es auf den Wert dieses Maßstabes selbst nicht ankommt. In sehr vielen Fällen wird die Verfassung einer Gemeinschaft "als Grundnorm einer Rechtsordnung" (141) die erforderliche

(139) Maunz-Dürig, Grundgesetz, Art 20, Rdnr. 73

(140) vgl. Karstedt, Rechtswert und positives Recht, S. 24

(141) Achermann, Sein und Sollen, S. 90; vgl. auch Maunz-Dürig, Grundgesetz, Art 2, Rdnr. 16 und Art 20, Rdnr. 70

Wertskala bereitstellen. Diese Verfassung ist regelmäßig Ausdruck der in der Gemeinschaft herrschenden Wertvorstellungen, der objektiven Werte. Wo aber die Verfassung schweigt oder zwei Werte als gleichberechtigt ansieht und eine Entscheidung offenläßt, muß ebenfalls eine Lösung gefunden werden. Hier liegt die eigentliche politische Aufgabe des Gesetzgebers. Es besteht für ihn grundsätzlich die Freiheit, die eine oder andere Lösung zu wählen, wenn auch der Rechtsstaat gewisse Grenzen allgemeiner Art zieht, so daß der Gesetzgeber grundsätzlich nur ein gebundenes, wenn auch zum Teil sehr weites gesetzgeberisches Ermessen hat (142). Aber auch in diesem Fall muß er sich an Werten, die außerhalb oder unterhalb der Verfassung stehen, orientieren. Welcher Art diese Werte sind und wie sie aufgefunden werden, kann hier nicht untersucht werden. Es ist aber wichtig festzuhalten, daß die Entscheidung des Gesetzgebers immer Wertentscheidung, d.h., Entscheidung durch Wertung ist.

b) Der Aufbau der Rechtsnorm.

Wenn nun der Gesetzgeber seine Entscheidung getroffen hat, muß sie auch realisiert werden. Dazu ist als erster Schritt erforderlich, daß die bisher nur gedanklich existierende Lösung formuliert und fixiert wird, damit sie für die Betroffenen zugänglich wird. Es muß die sprachliche Fassung des gesetzgeberischen Willens erfolgen, eine Gesetzesnorm muß entstehen.

Dabei ist zu beachten, daß es sich bei der Entscheidung des Gesetzgebers in ihrer endgültigen

(142) vgl. Maunz-Dürig, aaO., Art 20, Rdnr. 117 ff

Form nicht um eine Einzelfallentscheidung handeln kann. Vielmehr muß diese Entscheidung so beschaffen sein, daß alle ähnlichen, regelungsbedürftigen Fälle erfaßt werden. Deshalb bedient sich der Gesetzgeber der Generalisierung mit dem Ziel der Gewinnung allgemeingültiger Sätze (143). Gerade die Allgemeingültigkeit verlangt ein Höchstmaß an Abstraktion, weshalb "die Rechtsordnung die extremen und extremsten Fälle nicht regeln kann" (144). Zunächst folgt eine gewisse Notwendigkeit zur Generalisierung schon allein daraus, daß ein individueller Lebenssachverhalt in seiner ganzheitlichen Erscheinung "stets einmalig und unwiederholbar ist" (145), also auch nicht durch die wiederholbaren Zeichen der Sprache seiner Einmaligkeit beraubt werden kann. Zudem kann es dem Gesetzgeber immer noch darum gehen, den zu regelnden Sachverhalt unter dem Gesichtspunkt des Rechts zu sehen, so daß eine ganzheitliche Betrachtung gar nicht seinem Ziel der Gewinnung von Rechtsregeln dienen kann und ihn nur unnötig belasten würde (146).

Vor allem aber handelt es sich bei der Notwendigkeit der Abstraktion, d.h., dem Absehen von gewissen, für die rechtliche Behandlung als unerheblich angesehenen Eigenarten eines Sachverhalts, um eine Frage der Gerechtigkeit. Durch zu konkrete Gesetze müßte die Übersichtlichkeit des Rechts leiden, weil niemand mehr in der Lage wäre, die für ihn verbindlichen Rechtsregeln zu kennen. Eine Vor-

(143) vgl. Isay, Rechtsnorm und Entscheidung, S. 26;

Henkel, Recht und Individualität, S. 24 ff

(144) Sauer, Methodenlehre, S. 159

(145) Kamlah-Lorenzen, Logische Propädeutik, S. 174

(146) vgl. Henkel, aaO., S. 3 ff

hersehbarkeit der Rechtsfolgen, die für die Rechtssicherheit wesentlich ist, wäre nicht mehr gegeben. Daneben ist bei allzu großer Kasuistik das für einen Rechtsstaat grundlegende Prinzip der Gleichbehandlung in Gefahr. Neben diesen grundsätzlichen Erwägungen wird höchste Abstraktion aber auch aus praktischen Gründen verlangt, weil ohne sie das Recht seine Ordnungsfunktion nicht erfüllen könnte, denn kein Gesetzgeber der Welt ist etwa in der Lage, in einer großen Gemeinschaft jede Entscheidung selbst zu treffen. Die abstrakte Norm ist somit auch ein gesellschaftliches Erfordernis.

Normen sind "Sinnrelationen des Sollens" (147), d.h., einem bestimmten Sachverhalt wird durch das Sollen eine bestimmte Folge zugeordnet. Die Rechtsnorm als eine besondere Art Norm ist ebenfalls nach diesem Prinzip aufgebaut. Ein Tatbestand und eine Rechtsfolge werden miteinander durch das Sollen verknüpft. Diese Auffassung entspricht der herrschenden "Imperativentheorie" (148), wobei es sich allerdings um einen hypothetischen Imperativ handelt. Die Rechtsnorm hat nämlich folgende Form: Wenn der Tatbestand erfüllt wird, dann soll die Rechtsfolge eintreten. Bei diesem Verständnis der Norm lassen sich auch gewährende Rechtsnormen in die Imperativentheorie einbauen, ohne daß man den Umweg von Engisch (149) gehen muß, der in den Gewähungen an Einzelne Eingriffsverbote gegenüber allen anderen sieht. Gegen diese Ansicht hat Larenz (150) mit Recht Einwendungen erhoben und festgestellt, daß es in einer Rechtsordnung auch Normen gibt, die nicht

(147) Tammelo, Untersuchungen, S. 36

(148) vgl. Engisch, Einführung, S. 22 ff

(149) aaO., S. 26 f

(150) Methodenlehre, S. 153

eine Pflicht auferlegen, sondern vornehmlich "in der Änderung der Zuteilung bestehen" (151).

Allerdings ist eine isolierte Betrachtung der einzelnen Rechtssätze wenig ergiebig. Was soll etwa die Bestimmung über die Volljährigkeit aussagen, wenn sich daran nicht bestimmte Rechtsfolgen, wie z.B. das Wahlrecht, knüpfen? In einem zur Entscheidung anstehenden Fall wird ja auch, wie die Erfahrung hinlänglich beweist, im allgemeinen nur eine Kombination von mehreren Rechtssätzen zum Ergebnis führen, eine Kombination, die man die aktuelle Norm nennen kann. Aus Gründen der Praktikabilität werden aber vom Gesetzgeber Bestandteile, die vielen aktuellen Normen gemeinsam sind, verselbständigt und zu Hilfsnormen gemacht, die nicht eigene Rechtsfolgen aussprechen (152).

Die eigentliche Norm besteht zunächst aus dem Tatbestand. Der Gesetzgeber sieht einen regelungsbedürftigen Lebenssachverhalt vor sich und vollzieht die erste Phase der Wertung, "das Bewußtwerden des Gegenstandes" (153). Dieses Bewußtwerden geschieht dadurch, daß er entsprechende Sachverhalte vergleicht und gemeinsame Merkmale feststellt. Aus diesen wiederum nimmt er die wesentlichen Merkmale heraus und faßt sie sprachlich zum Tatbestand. Dabei fällt dem Tatbestand die Aufgabe zu, den Kreis der von der Norm Betroffenen persönlich und sachlich festzulegen (154).

Dieses Verfahren ist hier der Einfachheit halber isoliert dargestellt, läuft aber in Wirklichkeit komplizierter ab. Wenn nämlich die sprachliche Fas-

(151) Larenz, aaO.

(152) vgl. Schneider, Logik, S. 85

(153) Achermann, Sein und Sollen, S. 61; vgl. auch Zippelius, Wertungsprobleme, S. 82

(154) vgl. Heck, Begriffsbildung und Interessen-

sung des Tatbestandes erarbeitet werden soll, liegt die Entscheidung regelmäßig bereits vor. Eine sachgerechte Formulierung des Tatbestandes ist nur möglich, wenn bei der Festlegung seiner wesentlichen Merkmale immer schon die Entscheidung beachtet wird, also gewissermaßen der Blick des Gesetzgebers zwischen Sachverhalt und vorgesehener Entscheidung hin und her wandert. Es liegt also hier eine Rückkopplung im Sinne der Kybernetik vor, denn der Tatbestand wird im Bewußtsein vorgebildet, dann der Entscheidung gegenübergestellt, und an dieser wird dann geprüft, ob der Tatbestand zweckentsprechend formuliert ist. Erfasst er die Entscheidungsgrundlagen nicht vollständig oder nicht zutreffend, so ist er zu korrigieren (155). Nur so kann einigermaßen sichergestellt werden, daß in der Rechtsanwendung bei der Erkenntnis des Zutreffens eines bestimmten Tatbestandes auf einen Lebenssachverhalt auch die vom Gesetzgeber gewünschte Entscheidung getroffen wird.

Der Tatbestand der Rechtsnorm bringt also in sprachlicher Fassung, in Begriffen, die Aufzählung der wesentlichen Merkmale aus regelungsbedürftigen Lebenssachverhalten, seien diese nun tatsächlich vorhanden oder als möglich vorgestellt (156).

Der zweite große Bestandteil der Rechtsnorm ist die Rechtsfolge. Sie wird auf Grund der vom Gesetzgeber vorgenommenen Wertung als Entscheidung dem Tatbestand zugeordnet und gibt den Inhalt des Sollens an (157). Dieser Inhalt des Sollens legt fest, welches tatsächliche Verhalten von den Normunterworfenen

(155) vgl. zum Wesen der Rückkopplung Wiener, Kybernetik, S. 124 ff

(156) vgl. Larenz, Fall-Norm-Typus, S. 153

(157) vgl. Engisch, Einführung, S. 33

nen erwartet wird oder ihm gegenüber kraft der Geltung der Norm erzwungen werden soll, wenn er durch seine Handlungen oder Unterlassungen den Tatbestand erfüllt. Ob dabei der Einzelne von der ethischen Berechtigung der Norm überzeugt ist oder nicht, spielt für die Rechtsordnung unmittelbar keine Rolle, solange er nur tatsächlich sein Verhalten normgemäß einrichtet. Für den Zweck des Rechts, das Gemeinschaftsleben im Bereich der entsprechenden Rechtsordnung zu regeln, genügt jedes Verhalten, das äußerlich mit den Rechtsnormen übereinstimmt, also legal ist (158). Die Realisierung der Rechtsfolge spielt sich somit allein in der Außenwelt ab, was gar nicht anders sein kann, da nur ein in der Außenwelt objektiviertes Verhalten Anknüpfungspunkte für eine Rechtsregelung bietet.

Die Zuordnung von Tatbestand und Rechtsfolge wird normalerweise unbedingt gestaltet, d.h., wenn der Tatbestand erfüllt ist, dann muß die zugeordnete Rechtsfolge eintreten. Die Rechtsfolge hat in diesem Fall für den Tatbestand immer den "Charakter der Vorbildlichkeit" (159). Andererseits gibt es - besonders im Verwaltungsrecht - zahlreiche Normen, bei denen eine bestimmte Rechtsfolge nur eintreten "kann". Das bedeutet, daß der Rechtsanwender einen eigenen Ermessensspielraum eingeräumt erhält. Wenn also Schneider (160) schreibt: "Es gibt keine Norm, in der die Kopula etwas anderes ausspricht als ein Sollen", so ist diese Aussage nur bedingt richtig. Sie muß mindestens dahingehend ergänzt werden, daß die Kopula nicht immer

(158) vgl. Hartmann, Ethik, S. 422 ff

(159) Achermann, Sein und Sollen, S. 77

(160) Logik, S. 88

ein unbedingtes Sollen ausspricht, sondern unter Umständen der Rechtsanwender mit der Befugnis ausgestattet wird, im Rahmen eines Ermessensspielraums selbst den Inhalt des Sollens zu konkretisieren und im Einzelfall zur Geltung zu bringen.

Die Rechtsnorm besteht somit aus der Tatsachenbeschreibung Tatbestand, aus der Tatsachenbeschreibung Rechtsfolge und - davon soll zunächst ausgegangen werden - aus der Zuordnung durch unbedingtes Sollen.

Wenn die Rechtsnorm das Gesetzgebungsverfahren passiert hat und Geltung erlangt, wird sie selbst zur Tatsache; sie wird "wertbezogene Wirklichkeit" (161) und damit ein objektivierter Erkenntnisgegenstand. Sie hat sich als solcher von dem Subjekt, das sie hervorgebracht hat, gelöst, es ist eine Art "Selbstentfremdung" (162) eingetreten. Aber von "der körperlichen Formen- und Zeichengebung auf oder in der materiellen Unterlage führt keine unmittelbare Verbindung zu dem geistigen Gehalt des Rechtstextes hin" (163). Nicolai Hartmann (164) spricht in diesem Zusammenhang von dem "Vordergrund", der als materieller Träger des geistigen Gehaltes verstanden wird, wie etwa das beschriebene Papier, und von dem "Hintergrund", dem in der Materie objektivierten Gedankengut. Während nun der Vordergrund "unabhängig vom auffassenden Geiste" existiere (165), so daß er als solcher nichtssagend ist, müsse zum

(161) Radbruch, Rechtsphilosophie, S. 118

(162) Gadamer, Wahrheit und Methode, S. 368;
vgl. auch Betti, Allgemeine Auslegungslehre, S. 71ff

(163) Henkel, Rechtsphilosophie, S. 48

(164) Das Problem des geistigen Seins, S. 365 ff

(165) Hartmann, aaO., S. 365

Verständnis des in der Materie festgehaltenen Gedankengutes "notwendig wieder der lebende Geist" hinzutreten (166). Der lebende Geist des Interpreten erst vermag die Selbstentfremdung aufzuheben und die im Text fixierte Erkenntnis wieder zum Wirken zu bringen.

Es muß somit festgestellt werden, daß die Rechtsnorm als tatsächliche Gegebenheit keinen unmittelbaren Zugang zu dem in ihr enthaltenen Gedankengut gestattet. Vielmehr muß bei der Rechtsanwendung, der wir uns nun zuwenden wollen, eine menschliche Leistung hinzutreten, um den toten Buchstaben zum Leben zu erwecken.

2. Die Aufbereitung von Sachverhalt und Normenmaterial zum Zwecke der Rechtsanwendung.

Da dem Recht Ordnungsfunktion im gesellschaftlichen Leben zukommt und die Jurisprudenz eine angewandte Geisteswissenschaft ist, muß das Recht seine volle Kraft bei der praktischen Anwendung entfalten. Hier muß sich zeigen, ob die Rechtsnorm so beschaffen ist, daß ihr geistiger Gehalt zu einer eindeutigen Lösung des zur Entscheidung anstehenden Falles geeignet ist, oder ob der Rechtsanwender die geistige Leistung des Gesetzgebers durch eigene geistige Schöpfung dergestalt ergänzen muß, daß die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Entscheidung anders ausfällt als sie der Gesetzgeber im Sinn hatte, weil Gesetzgeber und Rechtsanwender nicht identisch sind und daher ihre Denkprozesse auseinanderlaufen und zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können.

(166) Hartmann, aaO., S. 387; ebenso Betti, aaO., S. 72

Der Rechtsanwender, im folgenden kurz Richter genannt, hat zunächst einen bestimmten Lebensvorgang vor sich, der einen Interessenkonflikt beinhaltet, der entschieden werden muß, der zu beurteilen ist (167).

"Urteilen ist das Vergleichen eines Objektes mit einem anderen, das aus irgendeinem Grunde als gültig oder wertvoll angesehen wird" (168). Das erste Objekt ist der zur Entscheidung anstehende Sachverhalt, das zweite die Rechtsnorm, die auf Grund der Staatsgewalt Gültigkeit beansprucht, also die geltende Norm.

Die Aufgabe des Richters besteht zunächst darin, die in dem ihm unterbreiteten Lebenssachverhalt enthaltenen Tatsachen zu sichten und die für die Entscheidung wesentlichen herauszuziehen. Was aber für das spätere Urteil wesentlich ist, bestimmt im Normalfall die anzuwendende Norm. Ihr Tatbestand enthält nämlich die Merkmale, die der Gesetzgeber für die Entscheidung einer bestimmten Fallgruppe als ausschlaggebend bestimmt hat. Der Sachverhalt muß also zu der ihn später entscheidenden Norm "in Beziehung gebracht, normgerecht gemacht werden" (169). Das geschieht vor allem dadurch, daß unter Beachtung der Wesentlichkeitsentscheidung der eventuell anzuwenden Normen die unwesentlichen Bestandteile des Sachverhalts, der stets im ganzen betrachtet ein individueller ist, ausgeschieden werden. Dies ist notwendig, weil das Recht eine ganz spezielle Betrachtungsweise verlangt und wegen seiner Abstraktheit den indi-

(167) vgl. Larenz, Methodenlehre, S. 235 f

(168) Sauer, Methodenlehre, S. 128

(169) Kaufmann, Freirechtsbewegung - lebendig oder tot? JuS 1965, S. 7

viduellen Momenten gegenüber "in hohem Maße unempfindlich ist" (170). Dieses Absehen vom Individuellen des zur Entscheidung anstehenden Sachverhalts geht hier, da es sich um ein Vorsortieren handelt, noch nicht so weit, daß der Sachverhalt jeder Individualität entkleidet würde, was auch nicht sachgerecht wäre, da noch nicht genau feststeht, welche spezielle Norm zur Anwendung kommen wird.

Umgekehrt muß aber auch die "Norm zum Sachverhalt in Beziehung gebracht, sachgerecht gemacht werden" (171). Dazu ist erforderlich, daß das hohe Maß der Abstraktion, das die Rechtsnorm aufweist, herabgesetzt wird. Bereits hier muß sich der Richter erste Rechenschaft darüber geben, welche Fälle das Gesetz im Auge hat. Das muß zunächst bedeuten, daß die sprachlichen Bedeutungsmöglichkeiten, die in der Norm enthalten sind, vergewärtigt werden, um mit den vom Sachverhalt gegebenen Bedeutungen, oder besser ausgedrückt mit den von ihm ausgehenden Informationen und den durch sie hervorgerufenen Bewußtseinseindrücken verglichen zu werden.

Durch eine zunächst grobe Auswahl von Einzelheiten aus dem Lebensvorgang und dem vorhandenen Normenmaterial arbeitet sich der Richter an die endgültige Entscheidung heran. Jede Rechtsnorm, die in Betracht kommen kann, wird herangezogen. Durch groben Vergleich wird ein Teil der Normen ausgeschieden, im gleichen Arbeitsgang wird aus dem Sachverhalt manches herausgenommen, was für die Entscheidung nicht wesentlich ist (172). Dieses Verfahren

(170) Henkel, Recht und Individualität, S. 15, vgl. hierzu auch Larenz, Fall-Norm-Typus, S. 153 ff

(171) Kaufmann, Freirechtslehre - lebendig oder tot? JuS 1965, S. 7

(172) vgl. Schneider, Logik, S. 158; Huber Recht und Rechtsverwirklichung, S. 390 f

spielt sich im wesentlichen nach der Trial-and-error-Methode ab, einem besonderen Fall der kybernetischen Rückkopplung (173). Das bedeutet im Grunde nichts anderes, als daß der Rechtsanwender bereits beim Vorsortieren alle möglichen Entscheidungen aus den Normen entnimmt, sie zu dem gegebenen Sachverhalt zuordnet und an ihm mißt, ob sie ihm entsprechen könnten. Wird eine dieser in groben Zügen ermittelten Entscheidungen als möglicherweise zutreffend erkannt, so wird sie im Auge behalten, andernfalls wird der Richter sie verwerfen. Diese Methode kann mehrfach wiederholt werden und führt dazu, daß der Richter seiner endgültigen Entscheidung immer näher kommt. In dem Hin- und Herwandern zwischen Normenmaterial und Sachverhalt erfolgt auf beiden Seiten eine Einarbeitung. Aus dem Sachverhalt wird allmählich der "Tatbestand" der Entscheidung, und aus der Vielzahl der vorhandenen Normen wird die "aktuelle Norm", die den gegebenen Fall entscheidet und im Normalfall aus einer Kombination von Rechtsvorschriften besteht, die einem oder mehreren Gesetzen entnommen sind. Dazu können auch Gewohnheitsrecht und in Rechtsprechung und Rechtslehre anerkannte Rechtsregeln treten.

Die Endphase dieses Heranreifens der Entscheidung bereitet nun besondere Schwierigkeiten. Das überzeugende Urteil muß seine Folgerichtigkeit aus dem Gesetz beweisen, wobei unter Gesetz in diesem Fall auch die anderen Rechtsregeln zu verstehen sind. Dieser Beweis wird geführt durch den "Syllogismus der Rechtsfolgebestimmung" (174), also einen Schluß

(173) vgl. dazu grundsätzlich Klaus, Kybernetik, S. 145 f und eingehender S. 265 ff

(174) Larenz, Methodenlehre, S. 197

bei dem die aktuelle Norm den Obersatz und der Tatbestand den Untersatz bilden. Sachverhalt und gesetzlicher Tatbestand müssen also sprachlich so gefaßt werden, daß der Schluß möglich wird. Diese Fassung von Untersatz und Obersatz enthält ganz spezielle Probleme, zumal nicht eine isolierte Betrachtung von Norm und Sachverhalt möglich ist, sondern zwischen beiden eine ständige Wechselwirkung besteht (175). Schließlich gibt die Norm an, was aus dem Sachverhalt als unwesentlich zu entfernen ist, und der Sachverhalt bestimmt die Richtung, in der die Norm konkretisiert werden muß.

Nachdem so durch eine Vorauswahl mit Hilfe der Trial-and-error-Methode eine Anzahl von Normen als auf den gegebenen Sachverhalt möglicherweise zutreffend ermittelt worden ist, beginnt die juristische Feinarbeit. Um ein Gesetz anzuwenden, muß der Richter zum Zwecke der Abgrenzung nun genauer wissen, welche Fälle das Gesetz regeln will. Dazu ist erforderlich, daß er den Gesetzestext in seiner ganzen Fülle "zum Sprechen" bringt (176), ihn also zu vollem Leben erweckt, damit dieser ihm die notwendigen Informationen geben kann. Dazu heißt es bei Betti (177): "So vollzieht sich eine Umkehrung (Inversion) des Schaffensprozesses im Auslegungsprozeß. Eine Umkehrung, derzufolge der Interpret auf dem hermeneutischen Weg rückschauend den schöpferischen Weg in umgekehrter Richtung durchlaufen muß, dessen Nachdenken er in seinem Inneren zu vollziehen hat".

(175) vgl. Engisch, Logische Studien, S. 13, 15

(176) Gadamer, Wahrheit und Methode, S. 375

(177) Allgemeine Auslegungslehre, S. 182

Der Richter muß also sein Bewußtsein auf die sprachlichen Zeichen des Gesetzestextes hinwenden um sie zu lebender Information zu machen, die ihm Bedeutung zu vermitteln in der Lage ist. Dies ist das Wesen der Auslegung, und nur durch sie kann er zu der ihn im wesentlichen interessierenden Frage vorstoßen, "welche Faktoren gerechtere Weise zu beachten sind" (178).

3. Die Auslegung der Norm und die Realisierung der ausgelegten Norm in der Entscheidung.

Der Richter steht nun, da er den Kreis der für die Entscheidung in Frage kommenden Normen durch Vorauswahl eingegrenzt hat, vor dem Problem, sich die im Gesetzestext eingefangene Erkenntnis des Gesetzgebers zu eigen zu machen. Im Idealfall würde das bedeuten, daß der Richter die vom Gesetzgeber verwendeten Sprachformen "mit den gleichen Gegenständen und Handlungen in Verbindung setzt" (179), die auch der Gesetzgeber gemeint hat. Während sich bei der gesprochenen Sprache Zuhörer und Sprecher in einer Situation gegenüberstehen, sich also in einer gleichen Situation befinden, die viele Anhaltspunkte für das Verständnis bietet (180), ist dies beim schriftlich fixierten Text nicht der Fall. Hier hat sich das Bewußtsein des Interpreten, das den Gesetzesinhalt zum Leben und damit eigentlich erst zum Gelten bringen soll, zunächst ganz auf den Text und sein Verständnis zu konzentrieren.

a) Wortauslegung

"Am Anfang der Auslegung steht eine strikte Wortauslegung" (181). In sehr vielen alltäglichen Fäl-

(178) Tappin, Vertunungsprobleme, S. 77
(179) Pierce, Phänomene der Kommunikation, S. 148
(180) vgl. Karl-Heinz Bötti, Allg. Auslegungslehre, S. 103 ff
(181) Coing, Jur. Auslegungsmethoden, S. 7

len bereitet diese Auslegung keine Schwierigkeiten, die Anwendbarkeit einer bestimmten Norm auf einen bestimmten Lebensvorgang liegt auf der Hand. Das sind die Fälle, in denen der Kern eines Begriffes des gesetzlichen Tatbestandes angesprochen wird. In diesem Kernbereich ist sofort ersichtlich, was die Rechtsnorm sagen will, allerdings nur dann, wenn sämtliche Begriffe des Tatbestandes in ihrem Kernbereich betroffen werden. Die umfangreiche Rechtsprechung, vor allem der Obergerichte, macht aber deutlich, daß diese Klarheit häufig nicht gegeben ist. Das liegt nun keineswegs immer an der mangelhaften Arbeit des Gesetzgebers. In zahlreichen Fällen sind die gegensätzlichen Rechtsauffassungen darauf zurückzuführen, daß auch Tatsachenbegriffe nicht genau abgrenzbare Randgebiete enthalten, in deren Bereich über ihre Anwendbarkeit auf einen bestimmten Lebensvorgang gestritten werden kann. "Das Leben selbst kennt meist keine scharfen Grenzen, sondern nur fließende Übergänge, es ist beherrscht von der *lex continui*", heißt es dazu bei Engisch (182). In einer solchen Situation, die sich erfahrungsgemäß ständig ergibt, obliegt es dem Richter anhand des konkreten Falles zu entscheiden, ob die Auslegung der Tatbestandsbegriffe die Anwendbarkeit der Norm ergibt oder nicht, d.h., ob die durch den Begriff als Zeichen vermittelte Information beim Vergleich mit dem gespeicherten Zeichenvorrat noch diesem oder schon jenem Bewußtseinsinhalt zuzordnen ist, wohlgemerkt einem dem jeweiligen Interpreten eigenen Bewußtseinsin-

(182) Die Idee der Konkretisierung, S. 242

halt (183). Da aber die reine Wortinterpretation, eben weil der Interpret an die Grenze seines Wortverständnisses gelangt ist, ihn ein tragfähiges Fundament für seine Entscheidung nicht finden läßt und ihm nicht weiterhilft, muß sich der Richter nach anderen Auslegungskriterien umsehen.

b) Konkurrenz der verschiedenen Auslegungsmethoden.

Die Interpretation eines Gesetzestextes kann unter den verschiedensten Gesichtspunkten erfolgen, die sich in der Jurisprudenz denn auch in Gestalt der unterschiedlichsten Auslegungsmethoden niederschlagen haben. Diese sind jeweils "aus einer ganz besonderen philosophischen Anschauung des Rechts erwachsen"(184). So kennen wir die grammatische, die systematische, die historische und die teleologische Auslegungsmethode, wobei noch weitere Kriterien, die für die Auslegung für maßgebend erklärt werden könnten, denkbar sind. Sie alle stehen dem Richter zur Verfügung, ohne daß mit einer für die jeweilige Entscheidung ausreichenden Sicherheit feststeht, welche die jeweils richtige ist (185). Zwar werden die einzelnen Theorien sehr oft mit Monopolanspruch vertreten, doch gibt es die alleingültige und alleinzutreffende Auslegungsmethode nicht, schon allein deshalb, weil keine anzuerkennende Autorität ersichtlich ist, die hier eine verbindliche Entscheidung treffen könnte. Im Gegenteil zeigt schon ein Blick in die Praxis, daß alle Methoden nebeneinander angewandt werden, und das ist grund-

(183) vgl. Henkel, Rechtsphilosophie, S. 52 f; siehe auch Gadamer, Wahrheit und Methode, S. 373 ff, besonders aber S. 375, wo er ausführt: "Auslegen heißt gerade, die eigenen Vorbegriffe mit ins Spiel bringen, damit die Meinung des Textes für uns wirklich zum Sprechen gebracht wird".

(184) Coing, Jur. Auslegungsmethoden, S. 12

(185) vgl. Engisch, Einführung, S. 88 ff; Zippelius, Wertungsprobleme, S. 68

sätzlich nicht zu beklagen, wie Zippelius das zu tun scheint (186). Sein Unbehagen erscheint jedoch insoweit gerechtfertigt, als meist nicht genügend deutlich gemacht wird, warum im konkreten Fall der einen oder anderen Methode der Vorzug gegeben wird.

All die verschiedenen Auslegungsgesichtspunkte haben ihre Berechtigung und können Einsichten in einen Gesetzestext bieten, die zur Rechtsverwirklichung unter der Idee der Gerechtigkeit beitragen. Coing (187) geht sogar so weit, daß er sagt, daß "die Interpretation verfälscht wird, wenn wir für einen Auslegungsgesichtspunkt ein Monopol beanspruchen". Es wird immer darauf ankommen, die Erkenntnisse, die die verschiedenen Auslegungsmethoden liefern, zu sichten und abzuwägen (188), dann aber auch die Gründe anzugeben, warum die Abwägung im konkreten Einzelfall gerade den Vorzug dieser angewandten Auslegungsmethode ergeben hat.

Es muß somit daran festgehalten werden, daß alle möglichen Auslegungsgesichtspunkte dem Verständnis des Gesetzestextes dienen können und damit Erkenntniswert besitzen, daß die Verwendung des Ergebnisses einer dieser Methoden im Einzelfall aber durch Abwägen der Gesichtspunkte und der durch sie vermittelten Erkenntnisse erfolgen muß. Maßgebend für Richtigkeit der Auslegung können immer nur diejenigen Wertabwägungen sein, die der Gesetzgeber selbst in das Gesetz hineingelegt hat - wobei allerdings der Vorbehalt der Erkennbarkeit dieser Wertabwägungen gemacht werden muß - und die die Gerechtigkeit

(186) Wertungsprobleme, S. 68

(187) Jur. Auslegungsmethoden, S. 22

(188) vgl. Coing, aaO., S. 23

erfordert (189). Im Hinblick auf diese Wertbindung des rechtlichen Sprachverständnisses nennt Zippelius (190) schon die einzelnen Rechtsbegriffe "funktionsgebunden", denn sie selbst tragen den Gerechtigkeitswert, der durch die Auslegung aufzuspüren ist, schon in sich. Diese Funktionsgebundenheit besteht im "Hinblick auf die praktische ethische Aufgabe" allen Rechts (191).

Schon hierin muß ein Grund gesehen werden, der dazu beiträgt, die unbeschränkte Logifizierbarkeit des Rechts zu verhindern, damit aber auch die unbeschränkte Anwendbarkeit kybernetischer Maschinen bei der Rechtsanwendung. "Kybernetik ist wertindifferent, Recht aber wertgebunden" (192).

c) Auslegung und objektiver Wertmaßstab.

Da wir zu dem Ergebnis gekommen sind, daß das Verständnis des Gesetzestextes nur möglich ist durch Auslegung, die Interpretation aber unter mehreren Gesichtspunkten erfolgen kann und muß, müssen wir nach dem Wertmaßstab suchen, anhand dessen der Richter im Einzelfall die richtige Auslegungsmethode bestimmen kann. Daß der Richter grundsätzlich nicht nach persönlichen Wertauffassungen entscheiden darf, ergibt sich schon aus dem Zwiespalt zwischen der Individualität der Wertperspektive und dem Geltungsanspruch des Gesetzes, sowie aus dem Grundsatz der Gleichbehandlung, denn die Art der Rechtsfolge darf grundsätzlich nicht von der Per-

(189) vgl. Oertmann, Interesse und Begriff, S. 49 f; Huber, Recht und Rechtsverwirklichung, S. 384 ff; Heck, Begriffsbildung und Interessenjurisprudenz, S. 107

(190) Wesen des Rechts, S. 137; vgl. hierzu auch Huber aaO., S. 381 ff

(191) Coing, Jur. Auslegungsmethoden, S. 24

(192) Simitis, Rechtliche Anwendungsmöglichkeiten, S. 9; vgl. auch Larenz, Fall-Norm-Typus, S. 162 ff

son des Richters abhängen, der den konkreten Fall zu entscheiden hat.

Zunächst einmal sind in dem auszulegenden Gesetz selbst Wertmaßstäbe und -urteile enthalten, die der Gesetzgeber hineingelegt und für verbindlich erklärt hat. Diese Wertvorstellungen muß der Richter herauszufinden suchen und sich nach ihnen richten, wenn er die Einzelbegriffe des Tatbestandes in ihren Randgebieten umgrenzen und feststellen will, ob der gegebene Sachverhalt dieser so aktualisierten Norm entspricht. Dabei ist zu beachten, daß nicht nur die ganze Rechtsnorm eine Gerechtigkeitsfrage lösen will, sondern daß auch die einzelnen Rechtsbegriffe "ein bestimmtes Problem der Gerechtigkeit erschließen" (193), d.h., selbst als unter diesem Wert stehend zu verstehen sind.

Eine so durchgeführte Auslegung wird immer wieder dazu führen, daß die gleichen Worte in einem oder verschiedenen Gesetzen je nach der Zielsetzung der einzelnen Normen einen unterschiedlichen Bedeutungsumfang annehmen. Ein derartiges Beispiel ist etwa der Begriff der "Unentgeltlichkeit" im Bürgerlichen Gesetzbuch, der in § 816 BGB nach allgemeiner Meinung anders zu verstehen ist als in § 2113 BGB. Das gleiche gilt für den Begriff der Fahrlässigkeit im Zivil- und im Strafrecht. Es kommt also bei der Entscheidung zugunsten eines der möglichen Auslegungsergebnisse darauf an, dem Zweck des Gesetzes folgend zu dem gerechten Urteil zu kommen.

Den Zweck des Gesetzes bestimmt zunächst der Gesetzgeber kraft der ihm in dieser Eigenschaft ver-

liehenen Autorität. Sein Wille und seine Zielrichtung sind erste Richtschnur bei der Rechtsanwendung. Sie können aber vom Richter nur soweit ermittelt werden und damit auch nur soweit seinem Verständnis zugänglich sein, als sie sich in der sprachlich gefaßten Rechtsordnung objektiviert haben und damit übertragbar geworden sind. Diese Objektivierung stellt sich nun dar als ein Loslösen vom Bewußtsein des Gesetzgebers und liefert den Rechtssatz, da er zu seinem rechten Verständnis ausgelegt werden muß, dem Bewußtsein des Interpreten aus, das den Rechtsgedanken lebendig machen muß, damit er wirksam werden kann. Das aber hat zur Folge, daß dem Gesetz wie jedem Geisteswerk "eine überschießende Bedeutung" zukommt (194), was bedeutet, daß das Gesetz klüger sein kann als der Gesetzgeber, weil das Bewußtsein des Interpreten und seine Wertvorstellungen, die er, da eine wertfreie Auslegung im Recht nicht möglich ist, mit einsetzen muß, mit denen des Gesetzgebers nicht übereinstimmen. Das ist vor allem dann nicht der Fall, wenn es sich um ein älteres Gesetz handelt, das auch in einer veränderten sozialen Umwelt noch Geltung beansprucht.

Der Rechtssatz soll aber bei der Auslegung nicht unbedingt dem individuellen Wertbewußtsein des Richters ausgeliefert werden, sondern möglichst so interpretiert werden, daß er dem objektiven Geist entspricht, den Nicolai Hartmann (195) beschrieben hat als "dasjenige, was in Vielen lebt, sich tradiert, übernommen, zu eigen gemacht, bewältigt und weitergegeben wird und deswegen der Beschränktheit auf das

(194) Coing, Jur. Auslegungsmethoden, S. 16

(195) Das Problem des geistigen Seins, S. 222; vgl. auch die eingehenden Ausführungen bei Betti, Allgemeine Auslegungslehre, S. 24 ff

Individuum überhoben ist". Kürzer wird der objektive Geist auch bezeichnet als die herrschenden Wertvorstellungen in einer Gemeinschaft. An ihnen hat sich der Richter zu orientieren, wenn er bei der Auslegung auf Zweifelsfragen hinsichtlich des Willens des Gesetzgebers stößt.

Als erstes stellt sich damit dem Richter die Frage, wie im vorliegenden Fall die Wertvorstellungen des Gesetzgebers aussehen und wie sich gegebenenfalls der objektive Geist darstellt. Das Gesetz selbst gibt die von ihm angestrebte Ordnung und die ihm zugrundeliegenden Wertmaßstäbe nur selten unmittelbar an, wenn auch in der neueren Gesetzgebung mehr und mehr dazu übergegangen wird, in den ersten Paragraphen eine Darstellung der gesetzgeberischen Zielvorstellungen zu geben. Der Richter muß sich aber bei den meisten seiner Entscheidungen den vom Gesetz geregelten Normalfall vor Augen führen, darin den Wertkonflikt aufspüren, um so die generelle Entscheidung in diesem Wertkonflikt zu erkennen, die er dann auch im konkreten Fall zur Anwendung bringen kann. Da aber so gut wie nie zwei einzelne Werte miteinander in Streit liegen, es sich vielmehr um den Konflikt ganzer Wertkomplexe handelt, spielt die individuelle Vorzugsempfindung des einzelnen Richters eine nicht zu unterschätzende Rolle, denn oft kann schon eine kleine Akzentverlagerung die Wertentscheidung des Gesetzgebers in einem anderen Licht erscheinen lassen, als sie dessen Vorstellung entsprechen haben mag.

Auch die Bestimmung dessen, was im zu entscheidenden Fall dem objektiven Geist, d.h., den herrschenden Wertvorstellungen entspricht, ist außerordentlich schwierig. Zunächst ist festzustellen, ob über-

haupt zu dieser Frage bei den Rechtsgenossen solche Vorstellungen bestehen. Nicht selten fehlen sie, weil entweder wenig Interesse gerade an dieser Frage besteht oder die Lagerung des Falles so neu ist, daß sich noch keine herrschenden Vorstellungen gebildet haben. Darüber hinaus ist der objektive Geist in einer Gesellschaft lebendig; er entwickelt sich ständig weiter, indem er neue Wertvorstellungen annimmt und alte abbaut, so daß es nicht leicht ist, bei seiner Erkenntnis immer auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Außerdem ist es häufig der Fall, daß positive Vorstellungen fehlen, hingegen Übereinstimmung darüber besteht, was dem objektiven Geist nicht entspricht (196). Aber selbst wenn positive Wertvorstellungen aufzufinden sind, handelt es sich nicht einfach um eine Frage der Majorität von Gleichgesinnten, sondern "man muß die Stimmen wägen" (197). Gerade in Wertfragen kann die Quantität nicht als ausreichendes Kriterium für die Richtigkeit angesehen werden. Da als Maßstab für das Wägen der objektive Geist selbst ausscheiden muß, denn man kann nicht das zu Wägende an sich selbst messen, ist also letztlich maßgebend für die Entscheidung der Frage, was als objektive Wertvorstellung zu einer konkret zu entscheidenden Problemstellung angesehen werden kann, die Wertperspektive des richtenden Individuums, insbesondere seine persönlichen Vorzugstendenzen.

Wenn hier immer wieder von persönlichen Wertanschauungen die Rede ist, so muß darauf hingewiesen werden, daß sich diese jedoch im Rahmen der Gemeinschaft entwickeln. Der Richter ist als Mit-

(196) vgl. Maunz-Dürig, Grundgesetz, Art 20, Rdnr. 73

(197) Zippelius, Wesen des Rechts, S. 36; vgl. auch aaO., S. 90 ff; ders., Wertungsprobleme, S. 147 ff

glied dieser Gemeinschaft "sozial determiniert" (198), d.h., die Verhaltensregeln und Wertanschauungen, die sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung einer Gemeinschaft herausgebildet haben, werden jeder nachwachsenden Generation mitgeteilt und beeinflussen ihre Einstellung zu der Gemeinschaft und ihren Problemen. Dazu schreibt Nicolai Hartmann (199): " ... es ist der objektive Geist der bestehenden Moral, der die Lebenssituationen des Einzelnen mitgestaltet und durch sie hindurch im Anwachsen der sittlichen Erfahrung auch die Erweckung des Wertbewußtseins bestimmt". Zudem ist der Richter mit seinem Wertbewußtsein selbst ein Teil des objektiven Geistes, den er mitprägt und der auch auf ihn zurückwirkt. Bei aller Determinierung durch die Gemeinschaft und den in ihr herrschenden Geist, durch ihre Erziehung und das Leben in ihr wird aber, wie sich im täglichen Leben ständig beweist, die Individualität von Wertauffassungen niemals ganz beseitigt werden können. Kein Mensch ist in der Lage, ständig den sich wandelnden objektiven Geist zu repräsentieren, schon weil er ihn von seinem Umfang her nicht bewältigen könnte. In diesem Sinne ist das Bewußtsein des Einzelnen dem objektiven Geist "inadäquat" (200), und das auch insofern, als es über den jeweiligen objektiven Geist hinausgehen kann, was möglicherweise zu dessen Fortbildung führt.

(198) Kosing, Marxistische Philosophie, S. 544

(199) Das Problem des geistigen Seins, S. 197;
vgl. auch Iarenz, Methodenlehre, S. 225

(200) Betti, Allgemeine Auslegungslehre, S. 25

d) Zur Übernahme fremder Wertentscheidungen.

Da trotz und wegen der nicht zu beseitigenden Individualität der Wertanschauungen der Richter möglichst an objektive Wertmaßstäbe gebunden werden soll, stellt sich, nachdem die Schwierigkeit der Erkennbarkeit solcher Maßstäbe erörtert wurde, auch noch die Frage nach der Möglichkeit der Übernahme fremder Wertanschauungen. Es macht dabei keinen Unterschied, ob es sich um die Wertvorstellungen des Gesetzgebers oder den objektiven Geist handelt. Immer sind es solche, die außerhalb der Subjektivität des Richters liegen, die er erst ermitteln muß und dann übernehmen soll.

Da sich Werte anschaulicher Erkenntnis entziehen und allein aus diesem Grund schon einer eindeutigen sprachlichen Formulierung nicht zugänglich sind, meint Kraft (201), daß die Übernahme fremder Wertungen nur durch die "suggestive Beeinflussung ... oder die Nachahmung" erfolgen könne. Nachahmen kann man jedoch nur etwas, was bereits einmal vollzogen wurde. So ist durchaus die Möglichkeit zu bezweifeln, eine Wertentscheidung nachzuahmen und zwar als äußerliches Verhalten, wenn auch die Frage, ob ein gleichgelagerter Fall vorliegt, der eine Nachahmung, d.h., hier eine gleiche richterliche Entscheidung, rechtfertigt, im Hinblick auf die Individualität eines jeden Sachverhalts Wertungsfrage ist und wiederum eine persönliche Stellungnahme des Richters verlangt. Eine Nachahmung ist aber da ausgeschlossen, wo es sich um Wertvorstellungen handelt. Man kann solche Wertvorstellungen für sich als richtig anerkennen und sich zu eigen machen, muß also in diesem Fall selbst die Anschauungen in das

Bewußtsein aufnehmen. Dann ist eine Konkretisierung dieser Wertmaßstäbe bei der Einzelfallentscheidung aber kein Nachahmen mehr, sondern ein Vollziehen kraft eigener Werterkenntnis. Hier wird nicht ein fremdes Verhalten nachgeahmt, sondern durch geistige Eigenleistung von der abstrakten Norm zur aktuellen Norm, die schließlich den Richter das gerechte Ergebnis finden läßt, fortgeschritten (202). Eine zweite Möglichkeit der Übernahme fremder Wertungen ist nach Kraft die Beeinflussung. Eine solche ist aber nur möglich, wenn ein Wertbewußtsein schon besteht, auf das Einfluß genommen werden kann. Dieses bereits gebildete Wertbewußtsein setzt der Beeinflussung schon auf Grund seines Beharrungsvermögens Grenzen. Darüber hinaus muß es allein entscheiden, wie weit die Übernahme gehen darf, wie weit es also von seinen bisherigen Wertvorstellungen abgehen oder sie modifizieren will oder kann. Es ist daher durchaus denkbar, daß das bestehende Wertbewußtsein die Wertanschauungen, auf die hin es beeinflußt werden soll, voll anerkennt und übernimmt. Aber auch der umgekehrte Fall ist nicht unwahrscheinlich, daß sich nämlich das individuelle Wertbewußtsein der Beeinflussung ganz oder teilweise widersetzt, so daß es im Grunde doch als letzte Entscheidungsinstanz erhalten bleibt und nicht ersetzt werden kann, so lange der Mensch als Mensch existiert.

Auch Nicolai Hartmann hat sich mit diesem Problem unter der Überschrift "Geltende Moral und Moralität des Einzelnen" befaßt (203). Er untersucht die Fra-

(202) vgl. Hartmann, Das Problem des geistigen Seins, S. 198

(203) Das Problem des geistigen Seins, S. 195 ff

ge, ob der objektive Geist lehrbar ist, d.h., ob durch Lehre der individuelle Inhalt des Wertbewußtseins gebildet werden kann. Er ist wie Zippe-lius (204) der Meinung, daß Werterkenntnis nur durch Erfahren der Werte möglich ist. So schreibt er (205): "Und erst was aus der Auseinandersetzung als eigene Überzeugung hervorgeht, macht die eigentliche innere Gestaltung des Ethos aus". Diese Auseinandersetzung spielt sich demnach zwischen den zu übernehmenden fremden und den bestehenden persönlichen Wertanschauungen ab, und es ist weitgehend eine Frage der Stärke und der Vorzugstendenzen des individuellen Wertbewußtseins, inwieweit eine Übernahme als gerechtfertigt anerkannt wird. Daraus ergibt sich aber zwangsläufig, daß eine Übernahme fremder Wertvorstellungen, seien es die im Gesetz enthaltenen des Gesetzgebers oder die in der Umwelt ermittelten des objektiven Geistes, nicht in jedem Fall und dann nicht immer vollständig erfolgen kann. Besonders ist darauf hinzuweisen, daß die Übernahme demnach nicht ein rein logisches und auch nicht logifizierbares Verfahren darstellt.

e) Einfluß des persönlichen Wertempfindens des Richters.

Wie wir sahen, bedarf die Rechtsnorm zu ihrem vollen Verständnis der Auslegung. Aber sie kann als sprachlich gefaßte Wertentscheidung "ohne Wert überhaupt nicht sinnvoll interpretiert werden" (206). Es ist verständlich, daß immer wieder versucht wird, bei dieser Interpretation den Richter an objektive Maßstäbe zu binden, schon um eine einheitliche Recht-

(204) vgl. Anmerkung 102

(205) aaO., S. 196; vgl. auch seine Ethik, S. 29

(206) Karstedt, Rechtswert und positives Recht, S. 80

sprechung zu gewährleisten und den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz so weit als möglich zur Geltung zu bringen. Da sich aber Werte anschaulicher Erkenntnis entziehen, kann eine logische und vollständige Übernahme fremder Wertvorstellungen noch viel weniger gewährleistet werden als das volle Verständnis fremder Bewußtseinsinhalte, die Gegenstände des realen Seins repräsentieren. Richter sind wie alle Menschen mit ganz persönlichen Wertempfindungen ausgestattet, die nicht auszuschließen sind und daher Einfluß auf ihre Entscheidung nehmen müssen (207). Dabei wird dieser Einfluß umso gewichtiger sein, je schwieriger im Einzelfall die Entscheidung zu treffen ist.

f) Die Subsumtion.

Die sich an die Auslegung anschließende Subsumtion stellt logisch die Beziehung zwischen dem auf die Norm hin abstrahierten Sachverhalt und der auf den Lebensvorgang hin konkretisierten Rechtsnorm her (208). Sie erfolgt durch Vergleich der beiden dem Richter gegebenen Größen, dem Obersatz, bestehend aus der ausgelegten Rechtsnorm und dem Untersatz, bestehend aus dem zum Tatbestand verengten Sachverhalt. Decken sich beide, so ist die Norm auf den zu entscheidenden Sachverhalt anwendbar, d.h., die Rechtsfolge, die die Norm festlegt, ist dem betreffenden Lebensvorgang zuzuordnen (209).

-
- (207) so auch Larenz, Methodenlehre, S. 363; Coing, Jur. Auslegungsmethoden, S. 51; Zippelius, Wertungsprobleme, S. 127 ff; vgl. auch Hartmann, Das Problem des geistigen Seins, S. 275 ff
- (208) vgl. Huber, Recht und Rechtsverwirklichung, S. 381; Sauer, Methodenlehre, S. 337
- (209) vgl. Larenz, Methodenlehre, S. 230, der diesen Vorgang als "Syllogismus der Rechtsfolgebestimmung" bezeichnet.

Bei der Subsumtion, also der Anwendung einer Rechtsnorm auf einen Sachverhalt, handelt es sich um einen der letzten Schritte der richterlichen Rechtsfindung. Er selbst ist zwar logischer Natur, aber er baut auf den vorangegangenen Schritten auf, insbesondere auch der Auslegung der Norm, von der wir gesehen haben, daß es sich bei ihr um ein nicht vollständig logifizierbares Verfahren handelt, einerseits, weil jeder Mensch die Sprache nur in dem Umfang versteht, den er kennt, andererseits weil Recht und Rechtssprache wertgebunden sind und Wert-erkenntnis und Wertung sich mit den Mitteln der Logik nicht vollständig erfassen lassen.

4. Die gerechte Entscheidung.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß zwar der Subsumtionsschluß ein logisches Verfahren darstellt, nicht aber das wertgebundene Finden von Ober- und Untersatz, schreibt Schneider(210): "Eine Entscheidung überzeugt, wenn ihre Folgerichtigkeit **b e - wiesen** und ihre Gerechtigkeit **a u f** gewiesen ist". Während der Beweis, da er logisch und daher intersubjektiv ist, verhältnismäßig leicht fällt, ist es gerade das Aufweisen der Gerechtigkeit, das die unterschiedlichen Ansichten auf den Plan ruft, und der Ansatzpunkt zum Streit ist daher auch in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle die Frage, ob der eingeschlagene Weg der Entscheidung den zu berücksichtigenden Werten in ausreichendem Maße Rechnung getragen hat. Dabei ist es wiederum eine Bewertungsfrage, welche Werte im Einzelfall zu berücksichtigen sind und wann ihre Berücksichtigung als ausreichend angesehen werden kann.

(210) Logik, S. 7

a) Die "problemlose" Anwendung einer Rechtsnorm.

Ist der zum Tatbestand der Entscheidung gewordene Sachverhalt so beschaffen, daß er die unmittelbare Anwendung einer durch Auslegung konkretisierten Norm erlaubt, so fließt hier die Gerechtigkeitsidee über die Auslegung in die Entscheidung ein, indem die richtige, d.h., wertgerechte Auslegung der Entscheidung gefunden wird. Dabei ist allerdings zu beachten, daß auch aus dem Sachverhalt die für die Entscheidung erheblichen Merkmale, die in den Tatbestand hereingenommen werden, unter Wertgesichtspunkten ausgewählt worden sind; denn als wesentlich können nur die Merkmale betrachtet werden, die für die Entscheidung beachtlich sind, also für die Gerechtigkeitsidee in der konkreten Fallage als Anknüpfungspunkt dienen können. In diesem Zusammenhang muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß Abstrahierung aus dem Sachverhalt und Konkretisierung aus dem Normenmaterial in einem Rückkopplungsprozeß miteinander stehen, da sie sich gegenseitig das anzustrebende Ziel geben.

b) Die Anwendung von Rechtsnormen und die Individualität des Einzelfalles.

Da der Gesetzgeber immer nur den Normalfall normieren kann und generalisieren muß, ist er zur "negativen Abstraktion" (211) gezwungen, d.h., er muß von der immer gegebenen Individualität des Einzelfalles absehen. Daher arbeitet er bei der sprachlichen Fassung der Normen auch mit Begriffen, die Abgrenzungen, soweit das überhaupt möglich ist, schaffen müssen. Je nach Art der verwendeten Begriffe ist die Variationsbreite, die dem Richter bleibt, natürlich verschieden. So sind Begriffe

(211) Englisch, Idee der Konkretisierung, S. 20

der Umgangssprache im allgemeinen weiter in ihrem Umfang angelegt als Begriffe der (rechts)wissenschaftlichen Sprache (212). Wie groß aber die Variationsbreite im Einzelfall auch sein mag, einmal ist sie erschöpft, denn immer ist eine Grenze da, die nicht überschritten werden darf, will man nicht der Sprache Gewalt antun und damit unverständlich werden - eigentlich müßte man sagen noch unverständlicher, als man sowieso schon ist.

Ist diese Grenze bei der Auslegung einer Rechtsnorm erreicht, so bedeutet das, daß weitere individuelle Züge des zur Entscheidung anstehenden Lebensvorgangs im Rahmen der zur Verfügung stehenden Normen nicht mehr berücksichtigt werden können. Erfüllen aber die wesentlichen Merkmale des Sachverhalts den Tatbestand der Norm, entweder, weil sie den Begriffskern der in ihr verwendeten Begriffe treffen oder weil sie innerhalb deren Variationsbreite liegen, ist der Subsumtionsschluß möglich und die Rechtsfolge bestimmt. Und dennoch wird nicht selten das Ergebnis als unbefriedigend und ungerecht empfunden. Das ist dann der Fall, wenn die Individualität des Einzelfalles so stark ausgeprägt ist, daß sie einen Vergleich mit dem vom Gesetzgeber normierten Fall nicht mehr erlaubt (213). Schon die Frage, wann dies der Fall ist, ist wiederum ein Wertungsproblem unter der Gerechtigkeitsidee, also nicht nach den Gesetzen der Logik zu entscheiden.

Die Lösung einer solchen Problemstellung kann sich unter Umständen dadurch ergeben, daß der juristische

-
- (212) vgl. Larenz, Fall-Norm-Typus, S. 158 ff, zur erweiterten Variationsbreite des juristischen "Erscheinungsbildes" Typus, das er nicht als Begriff verstanden wissen will. Betti, Allgemeine Auslegungslehre, S. 473 ff, verwendet hier die Bezeichnung "Gattungsbegriff".
(213) vgl. Henkel, Recht und Individualität, S. 15 f

Obersatz, der aus verschiedenen, aus einem oder mehreren Gesetzen stammenden Paragraphen zur aktuellen Norm zusammengefügt wird, unter der Verwendung von Generalklauseln gebildet wird.

Letztere erlauben weitgehend den Einfluß von Einzelfallgerechtigkeit.

Aber auch wo solche Möglichkeiten nicht zur Verfügung stehen, muß das gerechte Urteil ergehen können. Das gebietet schon Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes, der den Richter an Gesetz und Recht bindet, und der ihn damit verpflichtet, nicht unbedingt bei der Gesetzesanwendung stehen zu bleiben, sondern eigene Werterwägungen dahingehend anzustellen, ob die Anwendung der Gesetzesvorschrift im konkreten Fall dem Rechtsgedanken entspricht. Hier ist der Spielraum für das sogenannte Richterrecht gegeben (214). Daß dabei eine einhellige Auffassung nicht erzielt werden kann, liegt auf der Hand. Wenn auch über die Methode, wie in einem Konfliktsfall zu verfahren ist, vielleicht eine Übereinstimmung herbeigeführt werden könnte, so bleibt immer noch die Grundfrage, wie weit dem Gesetz zu gehorchen sei und wann ein nicht mehr hinzunehmendes, ungerechtes Ergebnis vorliege. Diese zunächst zu klärende Frage wird aber immer eine individuelle Entscheidung erfahren, da die Gerechtigkeit als "Grundwert - ein auf allgemeinere Werte nicht mehr zurückführbarer Wert" (215) nicht dem Definitionsverfahren, das, wie wir sahen, die Eindeutigkeit auch nicht gewährleisten kann, sondern nur dem Deskriptionsverfahren zugänglich ist. "Eine vollkommen rationale Erfassung gewährt das Deskriptionsverfahren nicht" (216).

(214) vgl. Schneider, Logik, S. 299; Engisch, Einführung, S. 156 ff

(215) Tammelo, Untersuchungen, S. 82

(216) Tammelo, aaO., S. 83

Wenn aber der Richter der Meinung ist, daß ein solcher in seiner Individualität von der Norm zu weit abweichender Fall gegeben ist, bedarf sein Urteil einer besonders eingehenden Begründung, warum der zu entscheidende Fall ein Ausnahmefall ist und mit der vom Gesetzgeber grundsätzlich gewollten Regelung nicht erfaßt werden kann, denn im Rechtsstaat besteht "die Vermutung, daß die materielle Gerechtigkeit durch das förmliche Gesetz und seine Anwendung realisiert wird " (217).

c) Die Generalklausel.

"Rechtsanwendung ist grundsätzlich eine Subsumtion einer unendlichen Anzahl von Fällen unter eine endliche Anzahl von Normen" (218). Das bedeutet, daß der Richter mit einer bestimmten Zahl von Rechtsregeln auskommen und mit ihrer Hilfe eine Entscheidung finden muß. Da der Gesetzgeber weiß, daß die Gerechtigkeit hin und wieder die Berücksichtigung von Individualitäten gebietet, die sich einer Normierung entziehen, baut er in sein Gesetzssystem Generalklauseln ein, die es für solche Einzelfallgerechtigkeit offenhalten (219). In der Generalklausel faßt der Gesetzgeber den Tatbestand oder (und) die Rechtsfolge derart allgemein - kyberne-

(217) Maunz-Dürig, Grundgesetz, Art 20 Rdnr. 60

(218) Simitis, Rechtliche Anwendungsmöglichkeiten, S. 10 f; vgl. Henkel, Recht und Individualität, S. 24 ff

(219) Für Engisch, Einführung, S. 22, liegt die wahre Bedeutung von Generalklauseln auf dem Gebiet der Gesetzgebungstechnik, weil es der Gesetzgeber vermeiden wolle, eine umfangreiche Kasuistik zu schaffen, die die Gefahr der Lückenhaftigkeit mit sich bringe. Dies mag auch ein Grund sein, der ausschlaggebend ist es wohl nicht. Die Generalklausel kann auch durch Kasuistik nicht ersetzt werden, da der Gesetzgeber bei der Schaffung des Gesetzes noch gar keine Vorstellung hat und haben kann, welche zu berücksichtigenden Erscheinungen das Leben hervorbringen wird.

tisch gesprochen informationsarm im Sinne der Redundanztheorie (220) -, daß er den Richter lediglich anweist, die Einzelfallentscheidung "auf Grund einer Abwertung der beteiligten Interessen zu treffen" (221). Er gibt zwar auf, bestimmte Wertmaßstäbe zu beachten - etwa die Billigkeit in § 829 BGB, die guten Sitten in § 1 UWG oder Treu und Glauben in § 242 BGB -, doch sind diese Wertmaßstäbe so abstrakt, daß sie einer persönlichen Wertausfüllung bedürfen, zumindest soweit objektive Vorstellungen dafür nicht vorhanden sind. Aber auch wo solche objektiven Werte aufgefunden werden können, ist es, wie wir schon sahen, nicht möglich, eine persönliche, dem individuellen Wertbewußtsein des Richters entsprechende Beteiligung auszuschließen. Die Richtigkeit dieser Ausführungen wird schon durch die besonders umfangreiche Kommentierung zu den einzelnen Generalklauseln bewiesen. Trotz dieser augenfälligen Ausführlichkeit der Kommentare bestehen im konkreten Entscheidungsfalle sehr große Schwierigkeiten beim Auffinden von objektiven Kriterien, so daß gerade hier die Einzelfallgerechtigkeit besonders in den Vordergrund tritt.

Wenn man in der Rechtsordnung auf unbedingte semantische Eindeutigkeit hinarbeiten wollte - eine bereits im Begrifflichen nicht zu verwirklichende Forderung -, müßten somit alle Generalklauseln von einer umfangreichen Kasuistik abgelöst werden, die sie jedoch auch nicht vollständig ersetzen könnte, eben weil die Kasuistik nie so umfangreich sein kann, daß sie in der Lage wäre alles das zu fassen, was die Generalklausel

(220) vgl. Anmerkung 39

(221) Oertmann, Interesse und Begriff, S. 31

einzuschließen vermag. Immerhin würde dadurch der Richter enger an das Gesetz gebunden, weil konkretere Wertentscheidungen des Gesetzgebers seine Handlungsfreiheit einschränken würden. Ob dieses Ziel erstrebenswert ist und letzten Endes der Idee des Rechts dient, muß hier dahingestellt bleiben.

d) Die Ermessensnorm.

Eine weitere Einbruchsstelle der Einzelfallgerechtigkeit in das positive Recht sowie eine weitere Reduzierung der andernfalls erforderlichen Normenmenge bringen die Normen mit einem Beurteilungsspielraum oder einem Handlungsermessen. Der Gesetzgeber verwendet hier bewußt einen unbestimmten Rechtsbegriff oder gestaltet die Zuordnung von Tatbestand und Rechtsfolge in der Norm nicht unbedingt. Er überläßt es dem Richter, oder, da solche Gesetzesbestimmungen vorwiegend im Verwaltungsrecht vorkommen, dem Verwaltungsbeamten, in dem vom Gesetz gegebenen Rahmen seine persönlichen Wertvorstellungen, wenn auch gebunden an den objektiven Geist, zur Geltung zu bringen, indem er den unbestimmten Rechtsbegriff ausfüllt oder entscheidet, ob dem Tatbestand im konkreten Fall die Rechtsfolge zugeordnet werden soll oder nicht (222). Dem entspricht die Praxis der Gerichte, einen gerichtlich nicht nachprüfbaren Ermessensspielraum anzuerkennen und nur bei Mißbrauch einzuschreiten. Der Gesetzgeber selbst hat bei Normen dieser Art die Eindeutigkeit bewußt vermieden, um den Verwaltungszweck im Einzelfall wirkungsvoller erreichen zu können.

(222) vgl. Engisch, Die Idee der Konkretisierung, S. 81 f; Henkel, Recht und Individualität, S. 27 ff

Der Glaube an die Idealforderung nach semantischer Eindeutigkeit müßte auch die Beseitigung solcher Ermessensvorschriften verlangen, denn sie geben dem Rechtsanwender die Möglichkeit, ja sie verlangen sogar von ihm, wenn auch in beschränktem Umfang, seine persönlichen Wertvorstellungen zu verwirklichen.

e) Gesetzeslücken

Je stärker die Forderung nach Eindeutigkeit der Norm erhoben und vermeintlich verwirklicht wird, desto größer wird die Gefahr, daß das Gesetz Lücken aufweist - die schon heute trotz Generalklauseln nicht zu vermeiden sind -, denn "die Lehre von der Lückenlosigkeit der Rechtsordnung ist ... längst als ein Irrtum erkannt" (223). Wo nämlich eine Auslegung unter Wertgesichtspunkten, die es ja bei der Eindeutigkeit nicht geben dürfte, wegfällt, verringert sich die Anwendungsbreite einer Rechtsnorm, weil, wie wir sahen, nur durch Wertauslegung der volle Gehalt der Norm ausgeschöpft werden kann. Diese Verengung müßte eine Vermehrung des Normenmaterials zur Folge haben, die eine umfangreiche gesetzgeberische Arbeit verlangen würde. Dabei besteht der "unvermeidbare Widerspruch zwischen abstrakter Norm und dem konkreten Bedürfnis nach gerechter Entscheidung" (224). Die Vielfalt der Lebenserscheinungen, die rechtlicher Regelung bedürfen, bringt zwangsläufig Gesetzeslücken mit sich, denn der Gesetzgeber kann nicht alle möglichen regelungsbedürftigen Fälle im Auge behalten, wenn er ein Gesetz macht. Insbesondere können Gesetze auch nachträglich lückenhaft werden, denn das Leben

(223) Kaufmann, Freirechtslehre - lebendig oder tot?
JuS 1965, S. 4

(224) Sauer, Methodenlehre, S. 280

entwickelt sich und zwar in Richtungen, die für keinen noch so guten Gesetzgeber voraussehbar sind. Kaufmann (225) nennt diese Erscheinung die "Geschichtlichkeit des Rechts".

Solche zwangsläufig auftretenden Gesetzeslücken müssen aber vom Richter wegen des Rechtsverweigerungsverbot, das in einem Rechtsstaat unbedingt erforderlich erscheint, geschlossen werden. Er bedient sich dazu der bekannten Methoden, etwa des Analogieschlusses oder des Umkehrschlusses. Welcher Schluß jedoch im Einzelfall zu wählen ist, weil er zum gerechten Ergebnis führt, ist auf Grund einer konkreten Wertentscheidung festzustellen. "Eine solche Wertung durchbricht aber das System rationaler Rechtserkenntnis" (226).

Im Ergebnis stellt sich also die Situation so dar, daß die Eindeutigkeit der Rechtsnorm, wäre sie überhaupt erreichbar, zwangsläufig die Fälle der Lückenhaftigkeit des Gesetzes erhöhen müßte. Diese Lücken müßten dann wieder durch den Richter geschlossen werden, wobei aber wegen der zu treffenden Wertentscheidung die Eindeutigkeit in der Anwendung wieder verlorenginge.

V.

ZUSAMMENFASSENDE SCHLUSSBETRACHTUNG.

1. Negantische Eindeutigkeit - im Recht unerreichbar.

Ausgehend von der Frage nach der Möglichkeit seman-

tischer Eindeutigkeit von Rechtsnormen ergab sich zunächst, daß das Recht, wenn es Geltung erlangen soll, objektiviert werden muß, oder, anders ausgedrückt, intersubjektiv übertragbar gemacht werden muß. Diese Kommunikation zwischen Gesetzgeber und Gesetzesunterworfenen, Rechtsanwendern und Rechtssuchenden, kann nur mittels Sprache erfolgen, die je nach dem Kreis der Angesprochenen mehr Umgangssprache oder mehr spezialisierte Sprache sein kann. Immer aber handelt es sich um eine Sprache, die den allgemeinen Regeln der Sprache folgen muß, weil sie sonst ihre Verständlichkeit einbüßen würde und damit ihren Zweck nicht mehr erfüllen könnte.

Aus den vorhandenen Sprachmitteln muß sich die Rechtsordnung vor allem der Begriffe bedienen, da sie ihrem Wesen am besten entsprechen. Ebenso wie die Rechtsnorm abstrakt gefaßt sein muß, um möglichst weitgehend das menschliche Leben unter der Gerechtigkeitsidee ordnen zu können, ist auch der Begriff das Ergebnis eines Abstraktionsprozesses, indem er sich auf die wesentlichen Merkmale ähnlicher Lebenserscheinungen konzentriert.

Da aber Begriffe nicht Selbstzweck sind, sondern dem Verständnis der Menschen untereinander zu dienen haben, müssen sie daraufhin untersucht werden, wie weit sie dieses Ziel erreichen oder ihm wenigstens nahekomen. Zu dem Verständnis des Wesens der Begriffe hat die Kybernetik wesentliches beigetragen. Sie hat verdeutlicht, daß Begriffe als Wörter Zeichen darstellen, die für einen bestimmten Bewußtseinsinhalt stehen und diesem zugeordnet sind, so daß ihre Nennung das empfangende Bewußtsein auf diesen Inhalt lenkt. Dabei will das Sprechende oder

sendende Bewußtsein einen Bewußtseinsinhalt mitteilen, der nur ihm eigen ist und es verwendet, da unmittelbarer Austausch nicht möglich ist, das Zeichen quasi als Code. Das empfangende Bewußtsein muß die bei ihm eingehende Information decodieren, d.h., die Zuordnung von Zeichen und dahinterstehendem Bewußtseinsinhalt in der umgekehrten Richtung vollziehen. Mittels des Zeichens spricht also das Bewußtsein eines Subjekts über eine bei ihm gespeicherte Information; und damit spricht es das Bewußtsein eines anderen Subjekts an und weist dieses auf die bei ihm gespeicherte, dem betreffenden Zeichen entsprechende Information hin. Dabei ist es augenscheinlich, daß die an der Kommunikation beteiligten Bewußtseinsinhalte so gut wie nie identisch sind, da sie von den ganz speziellen Gegebenheiten des Bewußtseinsstandes der informationsaustauschenden Individuen abhängen. Diese Gegebenheiten sind vor allem Art und Umfang der bereits früher empfangenen Informationen, die das Repertoire der Bewußtseinsinhalte gebildet haben, die individuellen Fähigkeiten zur Verarbeitung der empfangenen Informationen und zur Speicherung im Gedächtnis sowie die Reizempfindlichkeit, die die Möglichkeit des Bewußtwerdens mitbestimmt und außerdem der jeweilige Entwicklungsstand des individuellen Bewußtseins.

Schon die isolierte Betrachtung der sprachlichen Gegebenheiten konnte daher kein anderes Ergebnis haben, als daß jeder Mensch ein Wort, einen Begriff, also ein Zeichen immer nur in dem Umfang versteht, den er im Zeitpunkt des Empfangs bereits kennt. Zwar kann er lernen, d.h., seine Bewußtseinsinhalte durch neue Erkenntnisse verändern und verbessern, aber er bleibt auch dabei immer an die Individualität seines persönlichen Bewußtseins gebunden. Damit stand

zunächst fest, daß eine semantische Eindeutigkeit der Sprache, die eine Identität der Bewußtseinsinhalte voraussetzen würde, nicht gegeben ist und auch nicht erreicht werden kann.

Während man nun in den Naturwissenschaften als Konsequenz dieser Erkenntnis zu der Kalkül - sprache der mathematischen Logik übergegangen ist, verbietet sich ein solches Vorgehen im Recht schon deshalb, weil es sich als sozialer Ordnungsfaktor nicht nur an besonders ausgebildete Wissenschaftler wenden kann, sondern die Gesamtheit der jeweiligen Rechtsgemeinschaft erreichen muß, die aber nur einer mehr oder weniger rechtlich ausgeprägten Umgangssprache mächtig ist.

Selbst wenn dieses Problem aber dadurch gelöst werden könnte, daß man Richter oder Rechtswissenschaftler als "Dolmetscher" verwenden würde, bleibt immer noch die Tatsache bestehen, daß das Recht wertgebunden ist, das ohne Werte überhaupt nicht Recht wäre. Werte aber sind mit Mitteln der Logik, insbesondere der mathematischen Logik, nicht voll erfaßbar. Werterkenntnis und Wertung anhand dieser Erkenntnis sind immer abhängig von dem individuellen Wertempfinden des Subjekts, das an diesem Vorgang beteiligt ist.

Semantische Eindeutigkeit im Recht ist daher aus zwei Gründen nicht gegeben: erstens ist das sprachliche Zeichen niemals genauer als der durch Erkenntnis gewonnene Bewußtseinsinhalt des Verstehenden, und zweitens ist das Recht untrennbar mit Werten verbunden, die sich nicht logifizieren lassen.

2. Der Mangel an semantischer Eindeutigkeit - eine Schwäche oder eine Stärke des positiven Rechts?

Es kann nicht geleugnet werden, daß der Mangel an Eindeutigkeit der in den Rechtsnormen verwendeten Begriffe Nachteile mit sich bringt. So kommt es bei einem Interessenwiderstreit im täglichen Leben zu Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Parteien über einen Sachverhalt, weil das Gesetz zur Lösung des Konflikts keine klare und unmißverständliche Aussage über die Rechtslage trifft. Das führt zwangsläufig zu einer gewissen Rechtsunsicherheit, die noch dadurch erhöht wird, daß auch die zu erwartende richterliche Entscheidung wegen des nicht zu beseitigenden Einflusses des individuellen Wertbewußtseins des Richters nicht vorhersehbar ist, was andernfalls einen Rechtsstreit überflüssig machen würde. Die Erfahrung der täglichen Praxis belegt diese Unsicherheit, denn es ist keine Seltenheit, daß Urteile, die einen annähernd gleichen Sachverhalt betreffen, in den entscheidenden Grundauffassungen, den Wertanschauungen, nicht unerheblich voneinander abweichen.

In neuerer Zeit hat sich dieser Mangel noch auf einem anderen Sektor bemerkbar gemacht. Zum Zwecke der Rationalisierung, die im heutigen Massenverkehr auf allen Gebieten immer dringlicher wird, werden mehr und mehr sogenannte Elektronengehirne eingesetzt, die den Menschen bei der Bewältigung seiner Aufgaben unterstützen und ihn teilweise auch ersetzen. Daher liegt es nahe, auch in der Rechtspraxis die Möglichkeit des Einsatzes solcher Rechenautomaten zu prüfen. In einigen Teilbereichen des Rechtslebens sind sie bereits jetzt erfolgreich

im Einsatz, so im Steuer- und Rentenrecht. Auch in summarischen Verfahren, wie etwa dem Strafbefehlsverfahren und im Ordnungswidrigkeitenrecht, könnte an die Verwendung von Computern gedacht werden, vorausgesetzt, daß man die entsprechende Programmierung in den Griff bekommt. Die Bedenken gegen die Verwendung von Automaten auf diesen Gebieten sind gering, da immer noch die Möglichkeit besteht, durch ein Rechtsmittel eine richterliche, also menschliche Überprüfung herbeizuführen.

Eine heute noch nicht zu übersehende Möglichkeit der Verwendung von Computern eröffnet sich vor allem "im Vorfeld rechtlicher Entscheidung, auf dem Gebiet der Information" (227). Die Fülle der Rechtsvorschriften wird immer größer und spezieller, vor allem auch wegen der zunehmenden internationalen Verflechtungen; die Flut der gerichtlichen Entscheidungen ist mit herkömmlichen Mitteln kaum noch zu bewältigen; und der Überblick über die rechtswissenschaftliche Literatur kann schon heute nicht mehr behalten werden, vor allen nicht in der Praxis des juristischen Alltages. Hier bietet die Elektronik ihren Einsatz an, denn mit ihrer Hilfe kann ungeheures Material gespeichert und nach den jeweils in Frage kommenden Problemstellungen schnell und zuverlässig gesichtet werden.

Die eigentliche Rechtsanwendung jedoch wird immer dem Menschen vorbehalten bleiben, eben weil sie an den Wert der Gerechtigkeit gebunden ist, während die elektronischen Rechenautomaten den Gesetzen der mathematischen Logik folgen und "die Logik ist für den Gerechtigkeitswert blind" (228).

(227) Simitis, Rechtliche Anwendungsmöglichkeiten, S. 12

(228) Isay, Rechtsnorm und Entscheidung, S. 162; vgl. auch Simitis, aaO., S. 8 ff

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang aber, daß die Logik immer ein geschlossenes System von Gegebenheiten voraussetzt, während die "Rechtsanwendung ein Stück des Rechtslebens" ist, und "alles Lebendige läßt sich nicht vollständig rationalisieren" (229). Gerade dieses Leben aber macht die Effektivität des Rechts aus, denn das "Recht als Gesetz von heute soll und will wirken im Morgen, aber morgen ist es schon das Recht von gestern" (230). Nur wenn das Recht diese Kraft hat, kann es in Geltung bleiben. Es muß daher offen sein für die sich im Sozialleben vollziehenden Wandlungen, weil es selbst weitgehend "das Ergebnis sozialer Prozesse" ist (231). Da es sich um Prozesse und nicht um Zustände handelt, wäre ein soziales Leben des Rechts unmöglich, wenn es in logisch-mathematischer Fixierung erstarrte.

Die Offenheit und Anpassungsfähigkeit des Rechts ist seine eigentliche Stärke, denn sie erlaubt die Bewältigung von Lebensvorgängen, die neu in Erscheinung treten und für den Gesetzgeber nicht vorhersehbar waren. Sie beruht zum einen darauf, daß das Gesetz sich der lebendigen Sprache bedienen muß, die sich "in einem unaufhörlichen Rückkopplungsprozeß mit den objektiv-realen gesellschaftlichen und natürlichen Verhältnissen" befindet (232) und sich mit diesen und ihrem Verständnis wandelt. Diesen Wandel wirksam zu machen, ist die Aufgabe auch der Auslegung (233), die die neuen sozialen Verhält-

(229) Engisch, Einführung, S. 132

(230) Maihofer, Was ist Recht? JuS 1963, S. 169

(231) Topitsch, Sozialphilosophie, S. 120

(232) Klaus, Kybernetik, S. 283

(233) vgl. Betti, Allgemeine Auslegungslehre, S. 642

nisse zu berücksichtigen und in die Norm hineinzulegen vermag. Die Anwendung der so ausgelegten Norm hat aber wieder Rückwirkungen auf das allgemeine Verständnis der Rechtsnorm, denn sie gibt diesem Verständnis immer auch neue Erkenntnisse (234).

Neben den Möglichkeiten, die die Sprache selbst bietet, beruht die Anpassungsfähigkeit des Rechts aber vor allem auf seiner Bindung an Werte. Diese sind ganz besonders für soziale Strömungen und Veränderungen empfänglich, so daß die Änderung der sozialen Umwelt immer eine Reaktion des Wertbewußtseins hervorruft, sei es nun eine Bestätigung der bestehenden Erkenntnis der Wertfragen oder aber deren Änderung. Wird dabei das richterliche Wertempfinden trotz der auch hier vorhandenen Beharrungstendenz verändert, so wird sich diese Veränderung eben wegen der Stärke des Eindrucks auch in einer entsprechenden Entscheidung niederschlagen.

In beiden Fällen, also sowohl bei einer Anpassung durch Sprachauslegung als auch durch neugewonnene Werterkenntnis, sprechen wir von richterlicher Rechtsfortbildung (235), wobei allerdings eine klare Grenzziehung zwischen der Anwendung eines gegebenen Gesetzes und der Rechtsfortbildung durch den Richter nicht möglich sein dürfte.

Zum Schluß sei noch auf einen Gesichtspunkt hingewiesen, der gerade in der hoch technisierten Welt von heute nicht außer acht gelassen werden sollte.

(234) vgl. Larenz, Fall-Norm-Typus, S. 161

(235) vgl. hierzu Zippelius, NJW 1964, S. 1981 ff, und Larenz, NJW 1965, S. 1 ff

Das Zusammenleben von Menschen, dem das Recht dienen soll, muß in seiner Ordnung nicht nur rechtlich, sondern auch menschlich sein, d.h., es muß neben der gerechten Entscheidung auch noch Raum für die Billigkeit bleiben, denn "Gerechtigkeit ist zwar ein hoher, aber sie ist nicht der höchste Wert" (236). So schreibt auch Nicolai Hartmann in seiner "Ethik": "Rechtswissenschaft und Rechtsgefühl ... führen zwar hin auf einen wirklichen, echten Wert, aber eben nur auf einen von vielen, und durchaus nicht auf einen sonderlich beherrschenden" (237).

So kann man es nur als Stärke des Rechts ansehen, daß sowohl die sprachlichen Möglichkeiten als auch die Grenzen der Sprache in Anbetracht der Wertgebundenheit des Rechts zu einer Lebendigkeit von Gesetz und Recht führen, die es erlauben, das eigentliche Ziel allen Rechts, nämlich die menschliche Ordnung, zu erreichen.

(236) Maihofer, Was ist Recht? JuS 1963, S. 171

(237) S. 66; vgl. auch aaO., S. 421 ff

Literaturverzeichnis

- | | |
|------------------|---|
| Achermann, Franz | Das Verhältnis von Sein
und Sollen als ein Grund-
problem des Rechts
Winterthur 1955 |
| Albert, Hans | Probleme der Wissenschafts-
lehre in der Sozialforschung
in: Handbuch der Empirischen
Sozialforschung, herausgege-
ben von René König,
I. Band, S. 38 ff
2. Auflage, Stuttgart 1967 |
| Albrecht, Erhard | Sprache und Erkenntnis
Berlin 1967 |
| Baade, Hans W. | Jurimetrics
New York, London 1963 |
| Bense, Max | Semiotik, Allgemeine Theorie
der Zeichen
Baden-Baden 1967 |
| Betti, Emilio | Allgemeine Auslegungslehre
als Methode der Geisteswis-
senschaften
Tübingen 1967 |
| Cassirer, Ernst | Philosophie der symbolischen
Formen
Erster Teil: Die Sprache
4. Auflage, Darmstadt 1964

Dritter Teil: Phänomenologie
der Erkenntnis
4. Auflage, Darmstadt 1964 |

- | | |
|---------------------|---|
| Coing, Helmut | Die juristischen Auslegungsmethoden und die Lehren der allgemeinen Hermeneutik
Köln und Opladen 1959 |
| v. Cube, Felix | Kybernetische Grundlagen des Lernens und Lehrens
Stuttgart 1965 |
| Engisch, Karl | Einführung in das juristische Denken
4. Auflage, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1968

Logische Studien zur Gesetzesanwendung
3. Auflage, Heidelberg 1963

Die Idee der Konkretisierung in Recht und Rechtswissenschaft unserer Zeit
2. Auflage, Heidelberg 1968 |
| Erdmann, Karl Otto | Die Bedeutung des Wortes
Leipzig 1900 |
| Forsthoff, Ernst | Recht und Sprache
Sonderausgabe, Darmstadt 1964 |
| Frank, Helmar G. | Kybernetik und Philosophie
Berlin 1966 |
| Gadamer, Hans-Georg | Wahrheit und Methode
2. Auflage, Tübingen 1965 |
| Hartmann, Nicolai | Ethik
4. Auflage, Berlin 1962

Das Problem des geistigen Seins
Berlin und Leipzig 1933 |

- | | |
|-------------------------------------|---|
| Heck, Philipp | Begriffsbildung und Interessenjurisprudenz
Tübingen 1932 |
| Heidegger, Martin | Unterwegs zur Sprache
2. Auflage, Pfullingen 1960 |
| Henkel, Heinrich | Einführung in die Rechtsphilosophie
München und Berlin 1964

Recht und Individualität
Berlin 1958 |
| Huber, Eugen | Recht und Rechtsverwirklichung
2. Auflage, Basel 1925 |
| Husserl, Edmund | Logische Untersuchungen
Zweiter Band: Untersuchungen zur Phänomenologie der Theorie der Erkenntnis, I. Teil
2. Auflage, Halle a.d.S. 1913 |
| Isay, Hermann | Rechtsnorm und Entscheidung
Berlin 1929 |
| Kamlah, Wilhelm -
Lorenzen, Paul | Logische Propädeutik
Mannheim 1967 |
| Karstedt, Peter | Rechtswert und positives Recht
Meisenheim am Glan 1957 |
| Kaufmann, Arthur | Freirechtsbewegung - lebendig oder tot?
Juristische Schulung 1965,
S. 1 ff |

- | | |
|--|--|
| Klaus, Georg | Kybernetik und Erkenntnistheorie
Berlin 1966 |
| Kosing, Alfred
(Leitung und
Redaktion) | Marxistische Philosophie
1. Auflage, Berlin 1967 |
| Kraft, Victor | Grundlagen einer wissen-
schaftlichen Wertlehre
2. Auflage, Wien 1951 |
| Larenz, Karl | Methodenlehre der Rechts-
wissenschaft
2. Auflage, Berlin-Heidelberg-
New York 1969 |
| | Fall-Norm-Typus
in: Rationalität-Phänomenalität-
Individualität, Festgabe für
Hermann und Marie Glockner,
S. 149 ff
Bonn 1966 |
| | Richterliche Rechtsfortbildung
als methodische Problem
Neue Juristische Wochenschrift
1965, S. 1 ff |
| Maihofer, Werner | Was ist Recht?
Juristische Schulung 1963
S. 165 ff |
| Martinet, André | Grundzüge der Allgemeinen
Sprachwissenschaft
Stuttgart 1963 |
| Maunz-Dürig | Grundgesetz, Band I
München und Berlin 1966 |

- | | |
|----------------------------|--|
| Mauthner, Fritz | Beiträge zu einer Kritik
der Sprache
3. Band: Zur Grammatik und
Logik
2. Auflage, Stuttgart und
Berlin 1913 |
| Montesquieu | Vom Geist der Gesetze
Stuttgart 1965
Eingeleitet, ausgewählt und
übersetzt von Kurt Weigand
Redam-Ausgabe |
| Neumann-Duesberg,
Horst | Sprache im Recht
Regensburg-Münster 1949 |
| Oertmann, Paul | Interesse und Begriff in
der Rechtswissenschaft
Leipzig 1931 |
| Pierce, John R. | Phänomene der Kommunikation
Düsseldorf-Wien 1965 |
| Radbruch, Gustav | Rechtsphilosophie
6. Auflage, Stuttgart 1963

Vorschule der Rechtsphilosophie
2. Auflage, Göttingen 1959 |
| Rickert, Heinrich | Die Grenzen der naturwissen-
schaftlichen Begriffsbildung
5. Auflage, Tübingen 1929 |
| Sapir, Edward | Die Sprache
München 1961 |
| Sauer, Wilhelm | Juristische Methodenlehre
Stuttgart 1940 |

- | | |
|----------------------|---|
| Schmidt, Wilhelm | Lexikalische und aktuelle
Bedeutung
Schriften zur Phonetik,
Sprachwissenschaft und Kom-
munikationsforschung Nr. 7
Berlin 1963 |
| Schneider, Egon | Logik für Juristen
Berlin und Frankfurt am Main
1965 |
| Seeberger, Wilhelm | Die menschliche Intelligenz
als Entwicklungsproblem
Darmstadt 1968 |
| Simitis, Spiros | Rechtliche Anwendungsmöglich-
keiten kybernetischer Systeme
Tübingen 1966 |
| Snell, Bruno | Der Aufbau der Sprache
Hamburg 1952 |
| Stachowiak, Herbert | Denken und Erkennen im
kybernetischen Modell
Wien-New York 1965 |
| Stevenson Charlos L. | Ethics and Language
New Haven 1960 |
| Tammelo, Illmar | Untersuchungen zum Wesen
der Rechtsnorm
Heidelberg 1947 |
| Thiel, Manfred | Versuch einer Ontologie der
Persönlichkeit, I
Berlin-Göttingen-Heidelberg
1950 |

- Topitsch, Ernst Sprachlogische Probleme der
 sozialwissenschaftlichen
 Theorienbildung
 in: Logik der Sozialwissen-
 schaften, S. 17 ff
 Köln-Berlin 1965
- Sozialphilosophie zwischen
 Ideologie der Wissenschaft
 Neuwied 1961
- Ullmann, Stephen The Principles of Semantics
 2nd Edition, Oxford 1957
- Weisgerber, Leo Das Menschheitsgesetz der
 Sprache
 2. Auflage, Heidelberg 1964
- Von den Kräften der deutschen
 Sprache
 Band I: Grundzüge der inhalts-
 bezogenen Grammatik
 3. Auflage, Düsseldorf 1962
- Wiener, Norbert Kybernetik
 Hamburg 1968
- Wittgenstein, Ludwig Tractatus logico-philosophicus
 Logisch-philosophische
 Abhandlung
 Frankfurt am Main 1964
- Zippelius, Reinhold Das Wesen des Rechts
 2. Auflage, München 1969
- Wertungsprobleme im System
 der Grundrechte
 München 1962

Zum Problem der Rechtsfort-
bildung

Neue Juristische Wochenschrift
1964, S. 1981 ff

Lebenslauf

Geboren am 19. August 1940 in Marburg/Lahn, Besuch der Volksschule und des Gymnasiums in Biedenkopf/Lahn. Von 1955 bis zur Reifeprüfung im Jahre 1960 an der Oberrealschule an der Löbleinstraße in Nürnberg. Im Wintersemester 1960/61 Aufnahme des Jura-studiums an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen. Nach einem Sommersemester (1962) an der Ludwig-Maximilians-Universität München Rückkehr nach Erlangen und Ablegung der Ersten Juristischen Staatsprüfung 1965/I. Von August 1965 Rechtsreferendar im bayerischen Vorbereitungsdienst bis zur Zweiten Juristischen Staatsprüfung 1968/I. Seit Februar 1969 Tätigkeit als Rechtsanwalt in München.

